Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 12-1

Rubrik: Dossier : Europa-USA

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tito Tettamanti,
geboren 1930, Dr. iur. Rechtsanwalt, war Mitglied der Regierung des Kantons Tessin. Er ist Gründer und Hauptaktionär der Fidinam Treuhandgesellschaft und international als Unternehmer im Immobilien- und Finanzsektor tätig. Ehrenpräsident der Saurer AG. T. Tettamanti präsidiert den «Verein Zivilgesellschaft», tritt des öfteren als Teilnehmer an Konferenzen und Debatten auf und veröffentlicht Beiträge in Zeitungen und Fachzeitschriften. Er ist Autor der Bücher «Welches Europa?» (Ammann Verlag, Zürich 1994) und «Manifest für eine liberale Gesellschaft» (Ammann Verlag, Zürich 1996).

USA – Europa, alte Freundschaft und neue Irritationen

Das Ende des Bipolarismus bedeutete gleichzeitig den Anfang einer neuen globalen Herausforderung. An die Stelle einer einfachen und leicht verständlichen Zweiteilung der Welt trat die Suche nach neuen Gleichgewichten der Macht. Im Zentrum dieser Herausforderung stehen die USA, derzeit die einzige Grossmacht der Welt. Staaten, welche zur Zeit des Bipolarismus eindeutig zum Lager der freien demokratischen Länder gehörten, sehen sich veranlasst, ihr Verhältnis zu den USA neu zu definieren. Die Freundschaft mit den USA war früher einfach und ohne Alternative. Sie deckte sich meist mit den eigenen Interessen. Das Gleiche traf auch für das Verhältnis der USA zu ihren Alliierten zu. Heute ist alles schwieriger geworden. Die USA haben Mühe, ihre aussenpolitische Rolle genau zu bestimmen und global zu kommunizieren. Ihre Haltung ist manchmal widersprüchlich und brüskiert die guten Freunde von gestern, die immer wieder empfindlich reagieren und irritiert sind. Die *Lex* und die *Pax Americana,* welche die Amerikaner immer mehr als Selbstverständlichkeit empfinden, werden von den andern Staaten nicht ohne weiteres akzeptiert und oft sogar als arrogantes Diktat empfunden.

Die Vorstellung der Amerikaner, dass der *American way of life* dank Coca-Cola und McDonald in Beijing, New Delhi oder auch in der Schweiz die historisch und kulturell verankerten Lebensgewohnheiten und Denkweisen ersetzen werde, erweist sich als Illusion. In einem entscheidenden Bereich, in der Rechtskultur, regt sich ein starker Widerstand, wenn die USA ihre Gesetze und Rechtsinstitutionen (z. B. die Sammelklagen) der übrigen Welt aufzwingen wollen. Auch der oft unbedachte Einsatz von Sanktionen, mit denen politischen Zielen Nachdruck verliehen werden soll, wird nicht als Zeichen des Verantwortungsbewusstseins wahrgenommen, sondern als Verlockung der Macht.

Die Amerikaner sind unzimperliche Geschäftsleute, die es gewohnt sind, in einem entsprechend unfreundlichen Umfeld mit harten Bandagen zu kämpfen. Der Eindruck, dass die Politik der USA (und gewisse widersprüchliche Verhaltensweisen) gelegentlich auch von rein wirtschaftlichen Interessen beeinflusst seien, ist sicher nicht unbegründet. Politische Macht und wirtschaftliche Interessen werden nicht immer sauber getrennt.

Trotz dieser berechtigten Kritik müssen sich die Kritiker die Frage gefallen lassen, was sie denn als Europäer und als Schweizer zur Lösung weltpolitischer Konflikte beizutragen bereit sind. Wer von der Sicherheitsproduktion der Mächtigen profitiert und gleichzeitig aus einer recht bequemen Lage heraus immer wieder Kritik übt, sollte sich nicht wundern, wenn dies auf der anderen Seite Reaktionen auslöst, welche dann als «überheblich» empfunden werden. Es ist nicht zu übersehen, dass im Verhältnis zwischen den USA und Europa und zwischen den USA und der Schweiz in den letzten zehn Jahren die Spannungen und Irritationen zugenommen haben. Die historisch verankerte Freundschaft und die kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten sind aber ein Anlass, dieses Verhältnis von Partnerschaft und Konkurrenz in aller Offenheit zu überprüfen.

Um zu dieser Analyse einen konstruktiven Beitrag zu leisten, hat der «Verein Zivilgesellschaft» an der Konzeption und Realisierung dieses Dossiers mitgewirkt. ✦

Curt Gasteyger, 1929, war nach Studien an der Universität Zürich (Dr. iur.), dem Europa Kolleg in Brügge, der Freien Universität Berlin sowie «Visiting Scholar» an den Universitäten Columbia und Harvard Direktor am Internationalen Institut für Strategische Studien in London, Stellvertretender Direktor des Atlantischen Instituts in Paris und, von 1974–1994, Professor am «Institut universitaire de hautes études internationales» in Genf. Er leitet jetzt die «Association pour la promotion et l'étude de la sécurité internationale» (APESI). Mitglied u.a. der beratenden Abrüstungskommission der Uno, des «Volcker-Komitees» und ständiger Mitarbeiter von «Finanz und Wirtschaft». Letzte Veröffentlichungen: «Europa von der Spaltung zur Einigung» und, in Vorbereitung, «Perspektiven internationaler Politik».

Einsame Weltmacht Amerika

Möglichkeiten und Grenzen weltpolitischer Dominanz

Im Augenblick, wo dieser Beitrag in Druck geht – einen Monat nach den Wahlen –, steht immer noch nicht fest, wer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein wird. Das ist peinlich für die für eine solche Verzögerung Verantwortlichen. Es kann aber auch Anstoss sein für die Überholung eines zu stark auf ein Gleichgewicht zwischen Wählern und Gliedstaaten bedachten Wahlsystems. Wer immer schliesslich das Rennen machen wird – George W. Bush oder Al Gore – wird sich zur ersten Pflicht machen müssen, die jetzt aufgerissenen Gräben erbitterter Animosität in konstruktiv-versöhnlicher Art zu überbrücken. Das erfordert nicht nur der innenpolitische Frieden, sondern auch die von einer möglichst breiten Schicht mitgetragene aussenpolitische Verantwortung, wie sie der derzeit einzigen und zudem einzigartigen Weltmacht Amerika zufällt.

All das ist hinreichend Anlass, einige mehr grundsätzliche Überlegungen über Rolle und Zukunft der Vereinigten Staaten in der internationalen Politik von morgen anzustellen. Dies um so mehr, als die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion von keiner zumindest militärisch gleichwertigen Gegenmacht in Schach gehalten und dann und wann in die Schranken gewiesen werden. Daran dürfte sich in absehbarer Zeit nichts Wesentliches ändern. Für die einen mag es beruhigend, sogar bequem sein, sich an einem einzigen strategischen Fixpunkt ausrichten zu können; für andere dagegen ist dieses inhaltlich und zeitlich scheinbar unbegrenzte Machtmonopol ein Stachel im eigenen nationalen Selbstbewusstsein. Er ist Ärgernis, kann aber auch als Anstoss dienen, entweder allein oder zusammen mit Gleichgesinnten ein Gegengewicht zu schaffen. Letztlich geht es dabei um die stets wiederkehrende Suche nach einer machtpolitisch ausgeglicheneren internationalen Ordnung von *checks and balances,* von Gleich- und Gegengewicht. Mit beidem soll der allzu Dominierende in seinem Drang nach politischem Einfluss, wirtschaftlicher und immer mehr auch technologischer Dominanz in Schach gehalten und damit zu einem allseits in etwa erträglichen Zusammenleben angehalten werden.

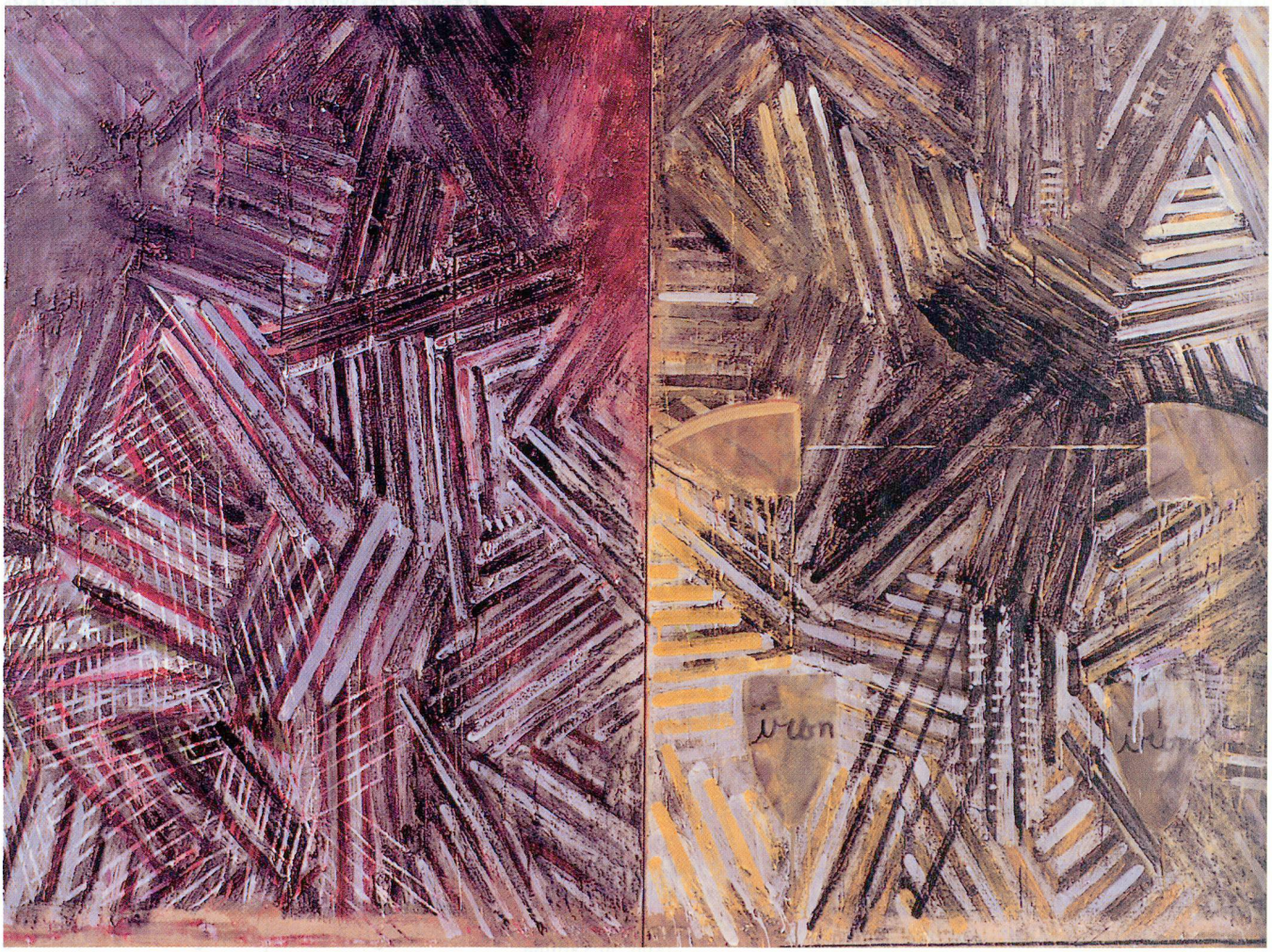
Wer genau hinschaut, wird sehr schnell erkennen, dass solche Schranken gegen einen allzu beherrschenden, einseitig nützlichen Machtgebrauch von Seiten Amerikas längst bestehen. Gewiss, wie jede dominierende Grossmacht zeigen auch die USA eine für Partner und Rivalen oft unangenehme Arroganz und Selbstgerechtigkeit. Die Schweiz hat dies in den letzten Jahren der peinvollen Auseinandersetzung über ihr Verhalten während und nach dem Zweiten Weltkrieg in gehörigem Masse erfahren. Anderen, selbst viel grösseren Ländern geht es dann und wann nicht viel besser. Mit solchem, von geschichtsbewusster Selbstkritik wenig belastetem Verhalten wird immer wieder zu rechnen sein. Selbstzweifel sind bei einem Land nur bedingt zu erwarten, das sich selbst als auserwählt betrachtet. Sie sind bei einer Macht vielleicht auch gar nicht unbedingt am Platz, die sich zu globaler Verantwortung berufen sieht.

Bei den Vereinigten Staaten kommt ein ganz wesentliches Element hinzu: Sie sind die erste wirklich demokratisch begründete Weltmacht. Die Art und Weise, mit der sie ihre Macht ausüben, ist von vielen Seiten her eingehegt, kontrolliert und durch einen mühseligen Entscheidungsprozess gehemmt, verlangsamt und unter mannigfache Kautelen gestellt. Es sind die Wähler selbst, der Kongress sodann, die immer präsent-aufdringlichen Medien, die

unzähligen, meist nur sehr engen Eigeninteressen vertretenden «Lobbies», die politische Entscheidungsfreiheit zu beschneiden oder eben in nicht immer sachgerechte Richtungen zu lenken suchen. Die amerikanische Nahostpolitik – oder, besser vielleicht: jene Diplomaten, die sie zu formulieren und auszuführen haben – mögen hierfür zeugen. Wer sich deshalb einmal näher mit diesem aussenpolitischen Entscheidungsprozess der amerikanischen Administration befasst hat, den muss erstaunen, dass es überhaupt zu klaren Entscheiden kommt. *Henry Kissinger* hat das schier unvorstellbare Gewirr sich befehdender, in ihrem Interesse überschneidender oder widersprechender Instanzen in seinen Memoiren eindrücklich geschildert.

Die eigentliche Triebkraft amerikanischer Weltpolitik mag man in der vom wirtschaftlichen Erfolg untermauerten Überzeugung orten, eine vorbildhafte Demokratie zu sein, die auf Drittstaaten zu übertragen die Mission Amerikas ist. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet ein Wissenschaftler ausländischer Abstammung, *Francis Fukuyama,* das *«Ende der Geschichte»* nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ansagte, da es nach seiner Ansicht zu diesem amerikanischen Demokratiemodell keine ideologische Alternative mehr geben konnte. *Fukuyama* hat insofern recht, als Amerika, allen Unkenrufen in den achtziger Jahren über seinen bevorstehenden Niedergang als *«überanstrengte» (overstretched)* Weltmacht zum Trotz nicht nur als eben solche überlebt hat, sondern als einzige in dieser Kategorie übrig bleibt. Sie allein verfügt über das wirtschaftliche, militärische und, immer wichtiger, technologische Potential, das solch global ausgreifendes Handeln erlaubt, es zugleich aber auch immer wieder materiell unterstützt. In diesem umfassenden Sinne sind die USA die erste multidimensionale Macht: facettenreich in ihren weltumspannenden Interessen und Verpflichtungen, für viele Länder fast unent-

Selbstzweifel sind bei einem Land nur bedingt zu erwarten, das sich selbst als auserwählt betrachtet.



Jasper Johns, Weeping Women, 1975, Weinende Frauen, Ausschnitt. Enkaustik und Collage auf Leinwand, 127 x 259,7 cm. Sammlung David Geffen, Los Angeles.

behrlich als sicherheitspolitische Rückversicherung, und omnipräsent mittels ihrer Weltraum- und Kommunikationstechnologie. Die grosse Frage ist deshalb nicht, ob die Vereinigten Staaten Weltmacht bleiben wollen. Dazu haben sie kaum eine Alternative: Die immer wieder auftauchenden Gerüchte und Vermutungen von einem Rückzug auf sich selbst im Namen eines Neo-Isolationismus mögen Stammtischgespräche und Wahlkampfreden bereichern. Sie haben aber mit der politischen Wirklichkeit wenig oder gar nichts zu tun. In dieser Hinsicht bewegte sich die Wahlkampfrhetorik der Kandidaten *Bush* und *Gore* im marginalen, nicht im prinzipiellen Bereich.

Versuchung zum Alleingang?

Nicht das «Ob» des weltpolitischen Engagements steht demnach zur Debatte, sondern das «Wie» und «Wo». Es geht dabei weniger um die Verteidigung und Ausbreitung wirtschaftlicher Interessen und technologischer Dominanz: Das eine wie das andere bleibt unbestritten als Ausweis und Stütze amerikanischer Stärke, wo nicht Überlegenheit. Trotzdem: Sowohl hier wie im militärstrategischen Bereich gibt es immer deutlichere Anzeichen von tiefgreifenden Veränderungen struktureller und gesellschaftspolitischer Natur. Wo sie konkrete Gestalt annehmen, werden sie Amerikas Haltung in der Welt und damit diese selbst in heute erst erahnbarer Weise verändern.

Die erste Entwicklung betrifft Ausmass und Natur des politisch-strategischen Engagements der USA in Krisen sowie die Auswirkungen der geplanten nationalen Raketenabwehr (NMD) nicht nur für die eigene, sondern die internationale Sicherheit. Beides gehört zu den wenigen aussenpolitischen Themen, die *Bush* und *Gore* während ihres Wahlkampfes zwar ansprachen, aber kaum zufälligerweise nicht deutlicher artikulierten. Spätestens seit der traumatischen Erfahrung in Somalia, als die Leichen amerikanischer Soldaten von aufgebrachten Einheimischen durch die Strassen geschleppt wurden, halten sich die USA von ähnlich riskanten UN-Operationen fern. Keine Leichen amerikanischer GI's mehr bei Einsätzen in fernabgelegenen Krisenregionen, so die Devise, und schon gar nicht dann, wenn Washington keine oder nur indirekte Kontrolle über diese Einsätze hat.

Spätestens seit der traumatischen Erfahrung in Somalia, als die Leichen amerikanischer Soldaten von aufgebrachten Einheimischen durch die Strassen geschleppt wurden, halten sich die USA von ähnlich riskanten UN-Operationen fern.

Kriege sollen dank moderner Technik – also dem, was seit kurzem als *Revolution in Military Affairs* (RMA) bezeichnet wird – auf Distanz und damit mit möglichst geringem Risiko für die eigene Truppe geführt werden. Mit einem solchen beinahe schmerz- und risikofreien Konzept hat die *Clinton*-Administration ihre militärischen Engagements in Krisenzonen zu rechtfertigen und damit die hierzu wachsenden Vorbehalte der öffentlichen Meinung zu beschwichtigen gesucht. Der Präsident reagierte damit nur auf eine in den westlichen Gesellschaften allgemein zu beobachtende Abneigung gegen Kriege zugunsten Dritter: Weder Somalia noch der Balkan sind, um *Bismarck* zu paraphrasieren, das Leben eines amerikanischen oder europäischen Soldaten wert. Der nur in der Luft geführte Krieg im Kosovo brachte hierfür die Bestätigung. Für die Weltmacht von der derzeitigen Einzigartigkeit Amerikas wirft dies allerdings ernsthafte Fragen hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit auf. Es mag auch nicht den seltsamen Widerspruch erklären, dass seine Rüstungsausgaben höher sind als jene von Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Indien, Japan und Russland zusammengenommen.

Anders gelagert, in seinen Folgewirkungen aber nicht weniger umstritten, ist der Entschluss der Regierung *Clinton,* ein System national begrenzter Raketenabwehr bis zum Jahre 2010 aufzubauen. Es soll – so die offizielle Begründung – Schutz gegen Raketenangriffe von Staaten wie Nordkorea, Iran und Irak – also den bis vor kurzem als *«Schurkenstaaten»* bezeichneten Regimes – bieten. Wie wenig glaubhaft dieses Argument für nicht zu dieser Kategorie gehörenden Länder ist, bezeugen einmal die unmissverständliche Kritik Russlands und Chinas und zum anderen die skeptische Reaktion der europäischen Verbündeten. Diese sehen im NMD einen Versuch Amerikas, strategische Sicherheit im Alleingang zu gewinnen und zugleich mit sonst nicht begründbarem Aufwand eine für Drittstaaten nicht erschwingliche technologische Forschung und Entwicklung zu finanzieren. Falls *Clintons* Nachfolger dieses überaus heikle

Vorhaben nicht aufgibt oder überzeugender zu begründen vermag, wird die ohnehin spannungsreiche Atlantische Allianz um einen Spaltpilz reicher.

Spannungsreich deshalb, weil sich das ursprüngliche Bindegewebe einer gemeinsamen Verteidigung gegen einen gemeinsamen Feind – die Sowjetunion – seit deren Verschwinden sichtlich gelockert hat. Es könnte sich weiter lockern in dem Masse, in dem die Europäische Union mit ihrem Beschluss zur Aufstellung einer eigenen, 50 000–60 000 Mann starken Krisen-Eingreiftruppe wirklich Ernst macht. Sie geriete damit in einen starken Gegenwind aus Washington. Was die USA als strategische Hauptmacht seit langem anstrebt – und *Bush* hat dies seinerseits deutlich gemacht –, ist nicht so sehr eine militärische Arbeits-, sondern eine finanzielle Lastenteilung. Im Klartext, wenn auch etwas überspitzt heisst dies, dass Washington weiterhin das letzte Wort in Sachen gemeinsamer Sicherheit behalten will, die Europäer dafür aber mehr bezahlen sollen.

Was die USA als strategische Hauptmacht seit langem anstrebt – und Bush hat dies seinerseits deutlich gemacht –, ist nicht so sehr eine militärische Arbeits-, sondern eine finanzielle Lastenteilung.

Spannungsfeld Wirtschaft

Mit einer solchen schlagseitigen Arbeitsteilung liesse sich angesichts des zögerlichen europäischen Einigungsprozesses allenfalls leben, zeichneten sich im transatlantischen Verhältnis nicht neue Gewichtsverschiebungen und mögliche Spannungsfelder ab. Seit einigen Jahren, teils als Folge des weltpolitischen Entspannungsprozesses, rücken wirtschaftliche Leistungen und Abhängigkeiten immer stärker ins Zentrum der Beziehungen unter Staaten und Regionen. Nirgendwo ist dies deutlicher sicht- und spürbar und in den politischen Folgewirkungen gewichtiger als in den europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Das mögen einige Zahlen belegen. Das Volumen des transatlantischen Handels beträgt mittlerweile 400 Mrd. Dollar; amerikanische Direktinvestitionen von 420 Mrd. Dollar – das sind 49 Prozent der gesamten Direktinvestitionen – gingen 1999 nach Europa, während dieses 69 Prozent seiner Direktinvestitionen (in Höhe von 425 Mrd. Dollar) in den USA placierte. Das sind Grössenordnungen von politisch-strategischem Gewicht. Mit ihnen könnte nämlich belegt werden, dass sich das Rückgrat der transatlantischen Beziehungen schrittweise und zunehmend vom militärisch-politischen Bereich auf jene von Wirtschaft und Finanzen verschiebt. Das Tauziehen in den internationalen Beziehungen, so der Schluss, findet – nicht zuletzt als Folge der geschilderten Verschiebungen und Verdünnungen im sicherheitspolitischen Bereich – immer mehr in der Wirtschafts-, Währungs- und Wettbewerbspolitik statt[1].

Gewiss kann man argumentieren, dass internationales – hier also: transatlantisches – Krisenmanagement nach wie vor ein zentrales Element der Aussenpolitik Washingtons und der Europäischen Union bleiben wird. Angesichts der wachsenden Zurückhaltung Amerikas bei kritischen Einsätzen in gefährlichen Randzonen (zu denen einige europäische wie der Balkan und der Kaukasus nun eben gehören) von zeitlich unbegrenzter Dauer wird sich die Welt im allgemeinen, Europa im besondern, nicht mehr unbedingt und automatisch auf amerikanischen Beistand verlassen können. Das auch deshalb nicht, weil sich die USA, wie erwähnt, von Solidaraktionen der Vereinten Nationen distanzieren und sich aufgrund ihrer Machtfülle und geographischen Distanz durchaus auch einen selbstgenügsamen Alleingang *(unilateralism)* leisten können.

Aus all dem folgt, dass weltweit mit Verschiebungen in der aussenpolitischen Tagesordnung und Prioritätensetzung zu rechnen ist. Die Sorge um Zugang zu knapper und teurer werdenden Ressourcen ebenso wie um die Sicherung von Märkten und Investitionen wird an Gewicht gewinnen. Dies sehr wahrscheinlich zu Lasten sicherheitspolitischer Vorsorge und Zusammengehens. Ein solcher Verschiebungsprozess wird gerade dort spürbar werden, wo lange Zeit die geteilte Sorge um Kriegs- und Konfliktverhinderung im Vordergrund stand – also zumal im europäisch-amerikanischen Verhältnis. Ein solcher Prozess der Verschiebung von Prioritäten und Interessen wird kaum ohne Spannungen, Missverständnisse oder Verstimmungen ablaufen. Er wird von allen Seiten Anpassung und Konzessionen einfordern. Vor allem aber bedarf er der Bereitschaft zur Reform bestehender oder zur Schaffung neuer, den veränderten Bedin-

1 Vgl. hierzu Ulrike Guénot. Wie beeinflusst Wirtschaft die Aussenpolitik? In: Internationale Politik, Nr. 10/2000, S. 38.

gungen besser angepasster Institutionen. Für die Vereinigten Staaten bedeutet dies die schwierigste Herausforderung dort, wo sie jenseits der Nato nicht mehr die letztlich entscheidende, sondern nur noch eine, wenn auch zentrale Macht neben andern sein werden. Wie heikel dieser Prozess der An- und Einpassung ist, zeigt die Häufung der Konflikte (vor allem mit der EU) in der zunehmend überforderten Welthandelsorganisation (WTO). Ähnliches ist auch in den Bretton Woods Institutionen und den Vereinigten Nationen zu beobachten.

Noch ist es verfrüht, heute schon von der *«einsamen Weltmacht»* Abschied zu nehmen. Dazu ist ihre Stellung zu stark und ihre Funktion als Ordnungskraft immer noch zu wichtig. Aber der hier angedeutete Doppelprozess – die wachsende Scheu der Wohlstandsgesellschaft vor möglicherweise tödlichen Verstrickungen hier und die steigende Bedeutung wirtschaftlich-technologischen Wettbewerbs da – wird auch Amerikas Stellung in der Welt schrittweise, aber unaufhaltsam verändern.

Das Tauziehen in den internationalen Beziehungen findet immer mehr in der Wirtschafts-, Währungs- und Wettbewerbspolitik statt.

Wer hierfür bitter-ironische Bestätigung sucht, mag sie in den Bemühungen des abtretenden Präsidenten *Clinton* sehen, ausgerechnet in diesen Tagen der schmerzhaften Überanstrengung des Wahlprozesses zuhause dem ehemaligen Kriegsgegner Vietnam die Vorteile demokratischer Verfassung ans Herz zu legen.

Wenn es schliesslich doch *George W. Bush* sein sollte, der das mehr als knappe Rennen ins Weisse Haus gewinnt, dann steht er vor einer zusätzlich schwierigen Doppelaufgabe: jener des inneren Ausgleichs, wo nicht der Aussöhnung mit einer praktisch gleichstarken Demokratischen Partei und deren Kandidaten Gore, und jener des Nachweises dafür, dass ein Präsident, der nicht von einer – wenn auch hauchdünnen – Mehrheit des Volkes, sondern der Elektorenstimmen gewählt wurde, der Weltmacht doch hinreichend Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft verleihen kann, derer sie bei dem sich verengenden Spielraum von Macht und Einflussnahme immer mehr bedarf. ✦

Mit den Schweizer Monatsheften haben Sie das Geschenk...

... das Sie schon immer suchten, z. B. zu Weihnachten, für den Freund, die Freundin, die schon alles haben ... den Neffen, die Nichte oder das Patenkind, die gerade ihr Germanistik- oder Wirtschaftsstudium begonnen haben ... oder einfach für jemanden, dem Sie sich auch während des Jahres immer wieder in Erinnerung rufen wollen: 10mal im Jahr mit einem Geschenkabonnement der «Schweizer Monatshefte». Der Beschenkte erhält von uns einen Geschenkbon und die Ausgabe Dez./Januar 2000/01. Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mitteilung per Fax. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beiliegende Geschenk-Abo-Karte zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05,
E-Mail: schweizermonatshefte@swissonline.ch

Ignacio Ramonet

Ce capitalisme qui sépare l'Europe et les Etats-Unis...

Entretien avec M. Ignacio Ramonet, rédacteur en chef du Monde diplomatique

La France semble aujourd'hui le seul pays de l'Union européenne à opposer tout le poids de sa civilisation contre l'influence américaine. Quelles sont les racines historiques de cette influence d'un côté et de ce rejet de l'autre? Trouver une réponse à ces questions signifie mener une réflexion sur la genèse des diverses formes de capitalisme en France, en Allemagne et aux Etats-Unis. Michael Wirth a rencontré à Paris Ignacio Ramonet, rédacteur en chef du Monde diplomatique, qui a consacré de nombreux articles aux rapports qu'entretiennent les Etats-Unis avec l'Europe.

Michael Wirth: Pour les Pilgrim Fathers et les générations suivantes d'émigrés européens, l'Amérique du Nord était la terre promise – même au sens biblique du terme, car en ce qui concerne le premier drapeau des Etats-Unis, les 12 étoiles furent comparées au 12 tribus israélites, le carré bleu fut comparé aux eaux du Jourdan. La séparation qui s'effectuait avec l'Europe fut nette et irréversible et ce n'est qu'au 20e siècle qu'un nouveau rapprochement a eu lieu, dû aux deux guerres mondiales qui ramenaient la présence américaine sur le Vieux Continent. Peut-on, en dehors des intérêts politiques liés à ce retour, également constater un rapprochement des mentalités?

Ignacio Ramonet: Il est vrai que les Etats-Unis sont la création d'une idéologie de rupture avec l'Europe – je parlerais même de l'utopie des émigrés puritains anglais de créer une sorte d'Anti-Europe de la libre pensée et des possibilités économiques illimitées, une utopie qui, encore dans les premières décennies du vingtième siècle, a attiré des millions d'émigrés du Vieux continent. En Europe, on se trouve confronté pour la première fois à ce modèle au lendemain de la Première Guerre mondiale quand les Américains, suite à leur victoire, ont commencé à considérer ce continent comme une partie de leur importante sphère d'influence. Il y avait, dans la première moitié du 20e siècle, en dehors de la voie américaine, deux grands débats idéologiques et politiques qui interpellaient les gens: le fascisme et le communisme. Le fascisme va très vite apparaître comme une menace, surtout à travers les revendications hitlériennes et la guerre civile en Espagne. Le communisme, quant à lui, perd en grande partie de son attrait pour la classe ouvrière et de nombreux intellectuels dès la fin des années 1930 quand le caractère dogmatique, l'exclusion et les purges du système stalinien ne peuvent être dissimulés plus longtemps.

Parmi ces trois voies – capitalisme de choc, communisme et fascisme –, toutes étrangères aux grandes traditions philosophiques de l'Europe, les pays européens de l'Ouest choisissent, à partir de 1945, la voie américaine, qui se révèle suffisamment flexible pour s'adapter aux données de tout système politique, qu'il soit monarchique ou républicain.

Au 19e siècle, Alexis de Tocqueville s'est montré à la fois fasciné et dégoûté par ce drôle de parallélisme d'une démocratie de masse et la primauté de l'individualisme en Amérique. En effet, les contrastes qui ont marqué l'histoire des Etats-Unis et celle de l'Europe ne pourraient pas être plus marqués: l'individualisme américain versus le collectivisme européen, l'économie agricole du Vieux Contient versus l'industrie lourde du nouveau monde, le catholicisme versus le calvinisme, etc. Quelle est selon vous, aujourd'hui, la différence fondamentale entre la culture politique des Etats-Unis et celle de l'Europe et de la France en particulier?

Aujourd'hui, bien des différences se sont largement estompées. Cependant, un certain nombre de divergences dues à des évolutions historiques distinctes se maintiennent. Malgré tout, en Europe, les citoyens restent attachés à ce que nous appelons la nation, même s'il est vrai que la France est le pays le moins national en Europe au sens ethnique du terme. Aux Etats-Unis en revanche, ce qui compte, c'est la citoyenneté, ce n'est pas la nationalité. Deuxième grande différence: le fédéralisme, américain alors que la France est centraliste. Malgré les tendances fédéralistes des Girondins pendant la Révolution française, la France est restée très jacobine et a poussé très loin l'uniformisation des lois, des grandes décisions en matière culturelle et technologique. Et même si en France aujourd'hui la décentralisation, et des revendications d'une certaine forme de fédéralisme se manifestent d'une façon vivace, la France a certaines difficultés de suivre ce modèle-là.

En Europe, c'est l'inverse. C'est traditionnellement la politique qui pilote l'économie.

Ronald Reagan, Président des Etats-Unis en 1981, quand en France le premier gouvernement de gauche sous Mauroy s'installe à Matignon a vivement protesté contre la participation de ministres communistes au gouvernement français. Les communistes français quant à eux se sont toujours opposés à ce que le capitalisme à la française se fasse avaler par le capitalisme à l'américaine. Quelles sont les particularités du capitalisme à la française?

Malgré le puritanisme philosophique de base aux Etats-Unis, l'argent et le pouvoir ont toujours gouverné, les dirigeants politiques étant en général au service de ce qu'on appelle aux Etats-Unis «la libre entreprise». C'est-à-dire, on part du principe que l'effort de la nation est essentiellement conduit par des entrepreneurs pas du tout ou peu limités dans leur rayon d'action. La planification de la productivité industrielle telle que la période *Roosevelt* l'a connue n'est pas la norme et constitue plutôt une exception. En Europe, c'est l'inverse. C'est traditionnellement la politique qui pilote l'économie. Ce sont les dirigeants politiques qui encadrent les dirigeants économiques et c'est l'Etat qui prend les grandes décisions en matière de planification, de réglementation et d'organisation de la vie économique et construit ainsi le cadre dans lequel se développe la vie économique.

La France ne considère donc pas l'usage de l'anglais comme une fatalité.

Depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale, le capitalisme à la française s'est caractérisé essentiellement par l'importance du secteur public. Toutefois, c'est *de Gaulle* qui a voulu les nationalisations qui se sont produites après la guerre et il a été soutenu en cela, bien entendu, par les communistes. A la différence des Etats-Unis, ou l'Etat n'est pas, directement, un acteur de premier plan, l'Etat français était il y a quelques années encore à la fois un grand investisseur, patron et employeur à la tête d'un vaste secteur public; et on parlait d'une économie capitaliste «de type mixte». Avec les privatisations survenues ces dernières années, les choses ont changé et dans le cadre de la politique européenne, la France s'est engagée à poursuivre ces privatisations. En dehors du rapprochement de ces deux systèmes il ne faut pas oublier ce que l'économiste français *Michel Albert* appelle le «capitalisme rhénan». Il y a deux particularités qui caractérisent le capitalisme à l'allemande. D'un côté, nous avons affaire à une union très hermétique entre banques et industries pilotes, ce qui rend presque impossible pour une grande firme étrangère d'entrer dans le capital d'une firme allemande. On se souvient encore les tentatives difficiles mais finalement couronnées de succès de Vodaphone d'obtenir le contrôle sur Mannesmann. De l'autre côté, le capitalisme allemand se distingue par la participation des salariés dans les conseils d'administration.

La France me semble aujourd'hui le seul pays de l'Union européenne à opposer tout le poids de sa civilisation contre l'influence anglo-saxonne. Je pense à l'initiative de Jacques Toubon, l'ancien ministre français de la culture, d'interdire l'usage de termes anglais dans des situations officielles.

Après tout, il y a bientôt 200 ans, depuis la défaite de *Napoléon* en 1815, que les Anglo-saxons dominent le monde. En Occident, on est passé de l'hégémonie des Anglais à celle des Américains. La vie des affaires, les sciences, la technologie sont – certes pas exclusivement – mais largement dominées par l'anglais. La France offre une résistance d'abord en raison même de ce que le français représente à l'échelle du monde, c'est-à-dire la communauté francophone, notamment en Afrique. La France a fourni au monde la langue diplomatique,

la langue de la philosophie du 18e siècle, etc. Elle ne considère donc pas l'usage de l'anglais comme une fatalité. C'est à ce titre-là que la France conduit une politique volontariste à la fois de présence du français dans le monde en soutenant la communauté francophone et en même temps en essayant, sur son propre territoire, de résister le plus possible, à l'invasion des termes anglophones. Je souhaiterais personnellement que chaque pays en Europe mette plus consciemment en avant ses particularités, parmi lesquelles sa langue.

Est-ce qu'on ne pourrait reprocher à la France de méconnaître le poids qu'a l'anglais un peu partout dans le monde et dans tous les domaines de la vie moderne?

Il ne s'agit pas d'être hostile à l'égard de l'anglais ou de vouloir disputer à l'anglais la place qui lui revient. Il s'agit de veiller à ce que le pluralisme des langues soit assuré. Globalisme économique ne doit pas signifier assimilation de la culture et de la pensée d'autant plus que l'anglais tel qu'il se présente souvent en dehors des pays anglophones n'a plus rien d'une langue de culture, c'est un pidgin, une langue terriblement estropiée qui se fait entendre.

L'agriculteur écologiste José Bové, récemment condamné par un tribunal français à trois mois de prison ferme pour ses actions contre McDonald's en France, s'est fait connaître par le public mondial en jouant les trouble-fête au Forum économique de Davos et à la réunion de l'OMC à Seattle. Il a fait de la sauvegarde de la diversité, en l'occurrence de la diversité agro-alimentaire, son cheval de bataille. Avec plus de 200 sortes de fromages – si vous me passez ce petit clin d'œil – la France semble aujourd'hui être bien partie pour se faire défenseur de la diversité.

Aujourd'hui, beaucoup de personnes, qui critiquent la globalisation, critiquent aussi l'interprétation dominante de la globalisation. Cette interprétation dominante, c'est l'homogénéisation. Or, les gens ne veulent pas être homogénéisés. Ils interprètent la globalisation comme étant finalement la participation de tous à un projet commun. Ils réclament la participation de tous avec les identités de chacun, avec les caractéristiques culturelles, économiques et politiques de chacun. *José Bové* lutte depuis des années contre ce qu'il appelle justement «l'homogénéisation» et l'invasion des semences OGM américaines, en d'autres termes l'utilisation de la semence américaine sur toute la Terre. Globalisation oui si c'est pour plus de solidarité entre les êtres humains, mais il s'agit d'éviter que les ficelles de la globalisation soient tenues par une seule puissance, en l'occurrence les Etats-Unis. D'ailleurs, un grand danger de l'uniformisation me semble largement sous-estimé jusqu'à présent: en imposant un même modèle partout, on finira par provoquer, ici ou là, la renaissance des nationalismes et des intégrismes.

Jasper Johns, Green Angel, 1990, Grüner Engel. Enkaustik und Sand auf Leinwand, 190,8 x 127,4 cm. Sammlung Walker Art Center, Minneapolis. Anonyme Schenkung zu Ehren von Martin und Mildred Friedman, 1990.

Si «l'américanisation» de la culture européenne, la discrimination de la population noire, le potentiel militaire déployé en Europe occidentale préoccupait la gauche jusqu'en 1989, c'est, depuis la chute du Mur, aux milieux bourgeois de se soucier du rôle

d'arbitre du monde que les USA tiennent sans concurrence aucune d'autres puissances.

Effectivement, aujourd'hui, l'idée d'un contrepoids qui limiterait l'influence des Etats-Unis, se répand largement. Or, vu l'évolution économique, politique et géostratégique des dernières décennies, cette idée se révèle difficile à réaliser. Aujourd'hui, 85 pour cent des échanges commerciaux dans le monde s'effectuent dans le triangle que forment les Etats-Unis, l'Europe occidentale et le Japon avec la Corée du Sud et l'Asie du Sud-Est. Et qui assure la défense de ces trois parties du monde? Ce sont les Etats-Unis en tant que puissance hégémonique qui a une suprématie militaire sur ces trois pôles-là. Il n'y a pas d'autonomie en matière de défense ni du Japon, ni de l'Europe. Situation semblable sur les Balkans: les guerres en Bosnie et au Kosovo ont très clairement révélé que l'Europe n'est pas une puissance suffisamment forte pour jouer l'arbitre militaire dans les poudrières qui se trouvent devant ses portes. L'Europe n'est pas en mesure d'appliquer une politique dont elle a aussi dessiné les contours. C'est la raison pour laquelle le Vieux Continent est contraint d'accepter de se faire amener de force par les Etats-Unis là où il ne veut pas forcément aller. Donc, il faudrait que l'Europe ait une défense autonome, une politique étrangère autonome qui ressemble un peu au projet de l'Europe. Il est clair que les projets de l'Europe peuvent rejoindre ceux des Etats-Unis parce que nous suivons les mêmes valeurs en matière de défense des droits de l'homme, des droits de la nature, etc. Mais chacun les défend avec son style.

Les questions de la peine de mort, et du port d'armes des particuliers semblent révéler des différences mentales insurmontables entre les Etats-Unis et l'Europe. Comment réagissent les intellectuels américains par rapport à ces problèmes?

Je pense que, depuis la guerre de Vietnam, les intellectuels aux Etats-Unis se font mieux entendre qu'avant 1968. *Noam Chomsky* se soucie régulièrement du sort fait aux jeunes Noirs, de la peine de mort, des injustice raciales, donc tout ce que nous dénonçons également en Europe. Une des armes les plus nouvelles et les plus efficaces est le développement des Organisations Non Gouvernementales (ONG) qui ont constitué une grande partie de l'opposition à Seattle lors de la réunion de l'OMC. Cependant, aux Etats-Unis, les médias restent encore trop fermés aux propos des intellectuels. Alors que *Noam Chomsky* est très connu en Europe, il l'est sans doute moins aux Etats-Unis, parce que les médias se méfient de toute critique de la politique américaine qui vient des universités. Il y a là une grande différence par rapport à l'Europe.

Il me semble pourtant que, en dehors des intérêts communs, il a y aussi des responsabilités du côté des Européens qui ne peuvent pas être partagées: l'Afrique par exemple.

Effectivement, il y a là une responsabilité historique qui nous pèse, car nous nous trouvons face à près de cinq cents millions de personnes dont la pauvreté nous rappelle que les anciennes puissances coloniales les ont laissées seules pendant des décennies. Le Japon, les Etats-Unis sont trop loin pour ressentir la nécessité de devoir s'investir. Et si les Africains, abandonnés dans un état de détresse extrêmement inquiétant, décident un jour de laisser derrière eux le continent noir, ce ne serait ni au Japon, ni aux Etats-Unis qu'ils viendraient, mais, à juste titre, chez nous. ✦

José Bové lutte depuis des années contre ce qu'il appelle justement «l'homogénéisation» et l'invasion des semences OGM américaines, en d'autres termes l'utilisation de la semence américaine sur toute la Terre.

Antisemitismus

Der «Antisemitismus» ist eine Aberration, aber auch eine enigmatische Erscheinung, und dies in Europa und Nordamerika um so mehr, weil Juden und europäische und nordamerikanische Nicht-Juden in fast jedem denkbaren Bereich menschlicher Existenz fast ununterscheidbar ähnlich sind, vor allem deshalb, weil ihre religiösen, philosophischen, kulturellen und intellektuellen Wurzeln weitgehend die gleichen sind.

Heinz Albers-Schönberg, in: Die Schweiz und die jüdischen Flüchtlinge 1933–1945, Eine unabhängige Studie, Th. Gut Verlag, Stäfa 2000, S. 245.

Albert A. Stahel
ist 1943 in Zürich geboren. Seit 1980 hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule Au/ZH für Strategische Studien. Seit 1987 Titularprofessor an der Universität Zürich. Stahel ist u.a. Mitglied des International Institute for Strategic Studies in London.

Die USA: Eroberung, Grenzen und Niedergang der Macht

Religiöser Hochmut und Vernichtung der Indianer, Imperialismus und Airpower sind die Eckdaten der amerikanischen Geschichte. Unbegrenzbar schien lange Zeit die militärische Macht der USA. Doch der Krieg in Jugoslawien hat offenbart: Die Prinzipien primitiver Kriegführung setzen selbst der hochtechnologisierten amerikanischen Armee Grenzen.

Getrieben von religiösem Eifer und dem Glauben an eine neue Welt landeten zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Pilgerväter an der Küste Neuenglands. Dabei trafen sie auf einen Kontinent, der bereits bewohnt war und eine jahrtausendealte Kultur aufwies. Frierend und hungernd wurden sie durch die einheimischen «Pequot», einem Algonkin-Stamm, freundlich empfangen und mit Nahrung und Kleidern versorgt. Entschädigt wurden diese unter anderem mit der Infizierung europäischer Krankheiten, wie Masern, Pocken, Typhus und Syphilis, gegenüber denen sie über keine Abwehrstoffe verfügten.

Das Küstengebiet wurde dadurch beinahe entvölkert. Die Pilgerväter waren aber nicht nur von rassischem Überlegenheitsgefühl und calvinistischer Hochmut gegenüber den Pequots erfüllt, sie wollten ihnen auch das Land rauben. 1637 wurden die Pequots im ersten grossen Indianerkrieg vollends ausgerottet. Die zahlreichen Stämme, die Nordamerika vor den Weissen bevölkerten, konnten den weiteren Raubzug der nachstossenden Kolonialisten zum Pazifik nicht aufhalten. Ein Stamm nach dem anderen wurde ausgerottet. Die gesamte Aktion endete mit dem Massaker an 183 wehrlosen Frauen, Kindern und Greisen des Sioux-Häuptlings *Big Foot* am 29. Dezember 1890 bei «Wounded Knee Creek» durch das 7. Regiment von Colonel *James W. Forsyth* mit Hotchkiss- und Gatling-Kanonen.

Der Vernichtungsprozess an der Kultur der Indianer wird bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Die Ursachen hierfür sind die rassistischen und religiösen Vorurteile, die Überzeugung, alle Merkmale einer andersartigen Kultur vernichten zu müssen und die ungestillte Gier nach dem Land und den Rohstoffen der Einheimischen. Die Existenz eines Volkes und einer Kultur, die vor den weissen Amerikanern bestand, durfte es nicht geben.

Diese Vorurteile der Nordamerikaner galten aber auch für die Mexikaner, denen im 19. Jahrhundert der gesamte Südwesten der heutigen USA entrissen wurde. Gleichzeitig wird das eroberte Land nicht nur für die Rohstoffgewinnung ausgebeutet, sondern als militärisches Übungsgelände benützt. Aus einer unberührten Landschaft wurde ein «Zivilisationsprodukt» der Amerikaner.

Imperialismus im 19. Jahrhundert

Nach dem Krieg gegen Mexiko und der Eroberung des Südwestens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stiessen die USA an eine geographische Grenze, welche zuerst als endgültig erschien: den Pazifik. Getrieben von der Überzeugung, immer weiter nach Westen vorstossen zu müssen, wurde aber bald auch diese Grenze überschritten.

1853 entsandte die amerikanische Regierung vier Kriegsschiffe unter Commodore *Perry* nach Japan und forderte innert eines Jahres die Öffnung des Landes für die US-Wirtschaft. Am 13. Februar 1854 kehrte *Perry* mit 10 Kriegsschiffen zurück und schloss einen Vertrag über die Öffnung zweier Häfen, Zulassung von US-Konsuln und der Errichtung von Kohlestationen. Nach dem Bürgerkrieg von 1861–65 wurde die Eroberung des Pazifiks vorangetrieben. Es folgte 1893 der Sturz der Monarchie auf Hawaii und 1896 die Eingliederung dieser Inselgruppe in das US-Territorium.

1898 wurde der Krieg gegen Spanien geführt. Als Folge des Sieges wurde Kuba die Unabhängigkeit geschenkt, Guam und Puerto Rico kamen unter US-Verwaltung und die Philippinen wurden den Spaniern abgekauft.

Theodore Roosevelt war massgebend für diesen imperialistischen Kurs verantwortlich. Die strategische Konzeption dazu lieferte sein Freund, der Seeoffizier *Alfred Thayer Mahan* (1840–1914). Auf der Grundlage des Studiums der Werke des Schweizers *Jomini* entwickelte *Mahan* eine Theorie der Seemacht und Seestrategie, die heute noch die Machtpolitik der USA bestimmt: Die Beherrschung der Weltwirtschaft wird durch die Herrschaft über die Meere mit Hilfe einer starken Flotte, der Kontrolle der Gegenküsten und der Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte erreicht.

Mit dem Rückzug der Serben ist für die USA der «Null-Verlust-Krieg» Wirklichkeit geworden.

Kriegführung im 20. Jahrhundert

Der Eintritt der USA an der Seite der Entente 1917 wies auf das erwachte Interesse am europäischen Kontinent hin. Mit Hilfe der materiellen Überlegenheit der Amerikaner wurde das Deutsche Reich 1918 besiegt. 1919 erfolgte zunächst eine Abkehr von Europa, die aber nach Pearl Harbour 1941 mit dem Kriegseintritt der USA wieder aufgegeben wurde. Von 1942 bis 1945 wurden, gestützt auf die Theorien des Brigadegenerals *Bill Mitchell,* die Industrie und die Städte des Dritten Reichs (Hamburg, Dresden) zusammen mit den Bombern der britischen Royal Air Force zerstört. Ab Mitte 1944 erfolgte die Intensivierung der Luftangriffe auf Japan. Die japanischen Städte (Tokio 1945) wurden durch die B-29-Bomber von General *LeMay* mit Magnesiumbomben systematisch verbrannt.

Der Höhepunkt dieser Strategie gegen die Zivilbevölkerung war der Abwurf der beiden Atombomben über Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945). Die beiden aus der Luft verwüsteten Staaten, Westdeutschland und Japan, wurden nach 1945 mit US-Unterstützung wieder aufgebaut und erhielten den Status von «amerikanischen Vasallen».

Zum ersten Mal hatten die USA mit einer konsequenten Luftkriegführung gesiegt.

Die gleiche Strategie wurde auch im Koreakrieg (1950–53) und im Vietnamkrieg (1965–73) umgesetzt. Mit Hilfe der Luftkriegführung wurden die Industrie, die Logistik und die Bodenstreitkräfte des Gegners zusammengeschlagen. Der Luftkrieg in Vietnam wurde mit den berühmten Einsätzen der schweren Bomber B-52 in den Operationen Linebacker I und II ab Mai bis Dezember 1972 gegen Nordvietnam und die Hauptstadt Hanoi beendet. Das Ergebnis dieser Bombardierungen war das Abkommen von Paris und der ungehinderte Rückzug der US-Streitkräfte. 1975 wurde Südvietnam trotzdem durch den Norden erobert.

Seither zeichnet sich eine eindeutige Richtung der US-Kriegführung ab. Der Verlust an Soldaten soll durch den gesteigerten Einsatz von *Airpower* so gering als möglich sein. Diese Strategie wurde in *Desert Storm* umgesetzt. Vom 17. Januar bis 28. Februar 1991 bombardierten die Luftstreitkräfte der Alliierten konsequent den Irak und die irakischen Stellungen. Neben den militärischen Zielen wurden die Industrie und die Infrastruktur des Iraks angegriffen und zielgenau zerstört. Gleichzeitig warfen die B-52 ihre zielungenauen Freifallbomben über den irakischen Divisionen ab. Nur gerade knapp 8 Prozent der durch die Alliierten eingesetzten Bomben und Lenkwaffen waren zielgenaue Waffen.

Der Sieg über den Irak hatte der US-Führung die Überlegenheit der Airpower gegenüber den Landstreitkräften aufgezeigt. Im Dezember 1998 gingen die USA, vereint mit Grossbritannien, noch einmal mit *Airpower* gegen den Irak vor, allerdings mit geringer Wirkung.

Um *Milošević* zum Rückzug aus dem Kosovo zu zwingen, befahl die Nato 1999 die Auslösung der *Operation Allied Force.* Dieser Luftkrieg gegen Ziele im Kosovo und in Restjugoslawien dauerte 78 Tage. Ein wichtiges Ziel der alliierten Kriegführung war die Vermeidung von Verlusten und damit die Beschränkung auf den Luftkrieg. Diese Beschränkung dürfte vor allem durch Entscheidungen von Präsident *Clinton* bestimmt gewesen sein, der – aufgrund seiner Erfahrungen mit den 18 toten Rangers in Somalia 1993 – Verluste unter allen Umständen vermeiden wollte. Mit dem Rückzug der Serben ist für die

Jasper Johns, Untitled, 1988, Ohne Titel. Enkaustik auf Leinwand, 122,6 x 153 cm. Sammlung Joel und Anne Ehrenkranz.

USA der «Null-Verlust-Krieg» Wirklichkeit geworden.

Strategisches Denken an der Jahrtausendwende

Seit den Erfahrungen in *Desert Storm,* die offensichtlich durch die Erfahrungen in *Allied Force* bestätigt worden sind, verfolgen die USA eine strategische Entwicklung mit der Bezeichnung *Revolution in Military Affairs* (RMA), die als Denkmethode die Kybernetik einsetzt und damit den Krieg als System versteht.

Die Hauptforderung der RMA ist die Modernisierung unter gleichzeitiger Verkleinerung der Streitkräfte. Die RMA beinhaltet die Interaktion von drei Instrumenten und verschiedenen Aufgaben. Diese drei Instrumente sind ein *System of System, Extended Information Dominance* und *Hacker Warfare.* Die Verknüpfung der drei Instrumente führt zu den folgenden Aufgaben:

1. Immediate Comprehensive Battle Assessment
2. Perfect Mission Assignment
3. Dominant Battlespace Knowledge.

Der Kern der RMA ist das *System of System,* das wiederum das Ergebnis der Interaktion dreier Systeme ist: *Battlespace Awareness, Advanced Command, Control, Communications, Computing and Intelligence (C4I)* und *Precision Force Use.*

Durch die Interaktion dieser drei Systeme soll die parallele Kriegführung erreicht werden. Die Stossrichtung ist die Entwicklung von neuen zielgenauen Waffen mit denen die Schwerpunkte der gegnerischen Führung des Krieges «chirurgisch» ausgeschaltet werden kann.

Die gestellten Aufgaben können aber nur mit Hilfe der totalen Kommunikation und Information, der *Extended Information Dominance,* erreicht werden. Die Echtzeit-Verbreitung der Informationen über das gesamte Gefechtsfeld und zu allen Einheiten muss möglich sein. Mit der *Hacker Warfare* werden gegnerische Angriffe auf die eigenen Netzwerke abgewehrt und gleichzeitig die Netzwerke des Gegners ausgeschaltet.

Die Ausführung der RMA soll die Verwirklichung der Militärstrategie *Joint Vision* im Jahre 2010 ermöglichen. Mit dem konsequenten Systemdenken in der Strategie und den zukünftigen Technologien sollen die neuen Streitkräfte *Joint Operations* führen können. Gleichzeitig sollen die Oberkommandierenden der US-Kriegstheater miteinander und mit der obersten

Führung zeitverzugslos in Verbindung stehen.

Dieser *American Way of War,* welcher auf diesem Systemdenken der Kybernetik beruht, beinhaltet drei Schlagworte, die bereits in *Allied Force* verfolgt wurden:

1. Professionalisierung der Streitkräfte
2. Vermeidung eigener Verluste
3. Vermeidung von Kollateralschäden (soweit als möglich).

Die Wirklichkeit des Krieges entspricht aber nicht vollständig dem Bild dieser humanen Kriegführung, die auch, wie *Allied Force* aufgezeigt hat, sogar die Zerstörung der gegnerischen Industrie für den Sieg in Kauf nimmt.

Die *Air Force* strebt mit ihrer Studie *Air Force 2025* ein noch weitreichenderes Ziel als *Joint Vision 2010* an: In der Zukunft sollen die USA neben der Luftherrschaft auch über die Weltraumherrschaft verfügen. Mit einer global angelegten Strategie wollen sie entsprechend dem Buch «Die letzte Weltmacht» des früheren Sicherheitsberaters *Zbigniew Brzezinski* die Welt beherrschen.

Die Wirklichkeit: der asymmetrische Krieg

Mit der Operation *Allied Force* ist bereits der Gegenbeweis zur RMA und *Joint Vision 2010* geliefert worden. Aus der Führung und dem Ergebnis von *Allied Force* können drei Wirklichkeiten abgeleitet werden:

1. Der jugoslawische Gegner hat das Systemdenken der USA nicht nachvollzogen, sondern im Gegenteil eigene Regeln der Kriegführung befolgt. Die jugoslawische Strategie setzte Tarnung und Täuschung ein und wich den Luftschlägen so aus;

2. das Prinzip der Vermeidung von Kollateralschäden, entsprechend der RMA und *Joint Vision 2010,* ist durch die alliierte Führung nicht vollumfänglich eingehalten worden. Die Zerstörung der Elektrizitätswerke hat die Versorgung der serbischen Bevölkerung massiv eingeschränkt, und durch die Zerstörung von Fabriken und der Brücken über die Donau hat die Bevölkerung und die Wirtschaft Serbiens einen schweren Schaden erlitten;

3. die sogenannte saubere bzw. chirurgische Kriegführung mit Präzisionswaffen gegen militärische Ziele im Kosovo erwies sich beinahe als wirkungslos. Aus diesem Grunde wurden die jugoslawischen Stellungen mit unpräzisen *Cluster-Bombs* und Freifallbomben angegriffen. Der Einsatz dieser «dummen» Waffen führte im Kosovo und in Serbien zu Kollateralschäden. Des weiteren hat dieser Einsatz im Kosovo zu 30 000 Blindgängern geführt. Über 60 Prozent aller eingesetzten Bomben und Lenkwaffen waren *Cluster-Bombs* und Freifallbomben.

Dem Systemdenken der Amerikaner steht der Abnützungskrieg eines grossen Teils der Welt gegenüber.

Eine Asymmetrie der Kriegführung könnte auch mit der Niederlage der waffentechnisch überlegenen Macht enden.

Den *High-Tech*-Waffen stand ein Gegner mit einer veralteten Waffentechnik gegenüber, der den alliierten Luftschlägen auswich und dadurch die militärische Niederlage vermied. Diese Art von asymmetrischer Kriegführung dürfte in Zukunft die Regel sein.

Zukunft: Grenzen und Niedergang der Macht!

Während die USA für die Durchsetzung ihrer Machtpolitik immer mehr auf eine *High-Tech*-Streitmacht setzen, stehen sie auf der anderen Seite zunehmend Staaten gegenüber, die eine Strategie des primitiven Kriegs verfolgen.

Gegenüber dem primitiven Krieg ist aber, wie der israelische Militärwissenschaftler *Martin van Creveld* analysiert hat, eine *High-Tech*-Armee wirkungslos. Dem Systemdenken der Amerikaner steht der Abnützungskrieg eines grossen Teils der Welt gegenüber.

Eine solche Asymmetrie der Kriegführung könnte auch mit der Niederlage der waffentechnisch überlegenen Macht enden. Wenn die USA in der Zukunft ihre macht- und energiepolitischen Ambitionen durchsetzen wollen, werden sie früher oder später gezwungen sein, zu ihrer ursprünglichen Strategie, die sie von den Indianerkriegen bis zum Vietnamkrieg verfolgt hatten, zurückzukehren:

Durch den rücksichtslosen Einsatz von Bodenstreitkräften und unterschiedslosen Bombardierungen haben sie in diesen Kriegen den Gegner vernichtet.

Diese Art der konsequenten Vernichtungseinsätze gegen die gegnerische Bevölkerung widerspricht aber den Zielen der RMA und *Joint Vision 2010* mit den Prinzipien des *«humanen Kriegs»* und der *«Vermeidung von Verlusten».*

Erfolgt aber die Rückkehr zur Strategie vor 1973 nicht, dann werden die USA die Grenzen ihrer Machtpolitik womöglich erreichen. Ihre modernen Streitkräfte werden in Gefahr laufen, in den zukünftigen Kriegen ins Leere stossen. Das Ergebnis wird der Verlust der erreichten Machtstellung sein.

Vielleicht ist aber die Weltmacht USA zu einer Richtungsänderung ihrer Militärstrategie nicht mehr fähig und hat damit den Zenit der Machtstellung bereits erreicht? Vielleicht sind wir Zeuge einer Wiederholung des Niedergangs von Rom? ✦

Michael Zöller, *geboren 1946 in Würzburg, lehrt Soziologie an der Universität Bayreuth, wo er auch die mit seinem Lehrstuhl verbundene Amerika-Forschungsstelle leitet. Er ist freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen. Zu seinen Arbeitsgebieten gehören – jeweils im Vergleich mit Amerika – die Politische Ökonomie, die Ideengeschichte und die Religionssoziologie.*

Religion und Politik. Amerika – das andere Beispiel

Im Sommer 1995 schilderte der «Economist» ein Ereignis, das ein Schlaglicht auf die kulturelle Entfremdung zwischen Europa und den USA wirft: Der amerikanische Militärpilot Scott O'Grady, den die Serben abgeschossen hatten, war nach sechs Tagen schliesslich von einer Spezialeinheit geborgen worden und kehrte nun auf den italienischen Flughafen Aviano zurück. Eben gelandet ging er auf die wartenden Journalisten zu und erklärte, als erstes wolle er Gott danken, denn ohne Gottes Liebe für ihn und seinen Glauben an Gott hätte er nicht überlebt. Der «Economist» kommentierte dies mit der Bemerkung, wenn ein französischer oder englischer Pilot eine solche Erklärung abgegeben hätte, wäre man wohl etwas erstaunt gewesen.

Tatsächlich gibt es Grund zum Staunen, denn Europa und Amerika, denen fast alle Gesellschaftstheorien das gleiche Schicksal der Modernisierung zugedacht hatten, unterscheiden sich vor allem dann grundlegend, wenn es um Religion geht.

Die Bedeutung der Religionszugehörigkeit hat im Laufe der amerikanischen Geschichte keineswegs abgenommen. Trägt man die verfügbaren Daten in ein Diagramm ein, so ergibt sich eine aufsteigende Kurve, die Mitte des 17. Jahrhunderts mit 15–20 Prozent beginnt und Ende des 20. Jahrhunderts bei 75–80 Prozent endet. Von diesen vier Fünfteln der Amerikaner, die unter den Bedingungen der Freiwilligkeit einer Religionsgemeinschaft angehören, gibt wiederum die Hälfte an, regelmässig die Kirche oder die Synagoge zu besuchen – und wir sind auf solche demoskopisch ermittelten Selbstauskünfte angewiesen, weil der Staat nach amerikanischer Auffassung nicht berechtigt ist, nach der Konfession zu fragen. Besonders aufschlussreich sind die Antworten auf die seit den dreissiger Jahren immer wieder gestellte Frage, ob man noch der Religionsgemeinschaft angehöre, in die man hineingeboren wurde. Diejenigen, die als Katholiken oder Juden geboren wurden, bleiben zu 85–90 Prozent bei der Religion der Väter. Bei den Protestanten gilt dies nur für weniger als die Hälfte der Befragten, doch die übrigen haben sich meist einer anderen protestantischen Denomination angeschlossen; es gibt also eine erhebliche innerprotestantische Mobilität. Die grösste Bewegung ist jedoch in der Gruppe der *Non-Affiliates,* der Konfessionslosen, zu beobachten. Dies ist der instabilste Zustand, in den amerikanische Eltern ihre Kinder versetzen können, denn vier Fünftel derer, die ohne eine Religionszugehörigkeit geboren wurden, schliessen sich später einer Religionsgemeinschaft an.

Eine unwahrscheinliche Koalition

Kurzum, alles deutet auf ein insgesamt religionsfreundliches Klima und auf eine Mobilität, die sich bei genauerem Hinsehen als Konkurrenz zwischen den Varianten des Protestantismus erweist. Dafür gibt es zwei miteinander verbundene Erklärungen: nämlich die Nähe von religiöser und politischer Kultur und die konsequente Herausbildung einer spezifischen Form des amerikanischen Protestantismus. Die religiöse Prägung der amerikanischen politischen Kultur und die politische und gesellschaftliche Funktion der amerikanischen Religion sind vor allem das Ergebnis einer unwahrscheinlichen Koalition. Vor der Revolution hielt man auch in Amerika an der alten Vorstellung fest, die religiöse Einheit sei die Voraussetzung der politischen, man müsse also wie in dem *Cuius-Regio*-Prinzip Territorium und Konfession gleichsetzen. In den amerikanischen Kolonien hatte dieses Prinzip die Form des sogenannten religiösen Establishments angenommen, so dass jeweils

eine Religionsgemeinschaft (z.B. die Congregational Church in den Neuenglandkolonien und die Church of England in den südlichen Kolonien) zweifach privilegiert wurde: Nur wer der betreffenden Kirche angehörte, hatte Zugang zu öffentlichen Ämtern, und alle Bewohner der jeweiligen Kolonien mussten über ihre Steuern zum Unterhalt der etablierten Kirche beitragen. In den Verfassungsdiskussionen nach der Unabhängigkeit kam es jedoch zu einem Bündnis zwischen Politikern wie *Jefferson* und *Franklin* einerseits und protestantischen Richtungen wie den Baptisten und Methodisten, die den individuellen Charakter der religiösen Erweckung betonten.

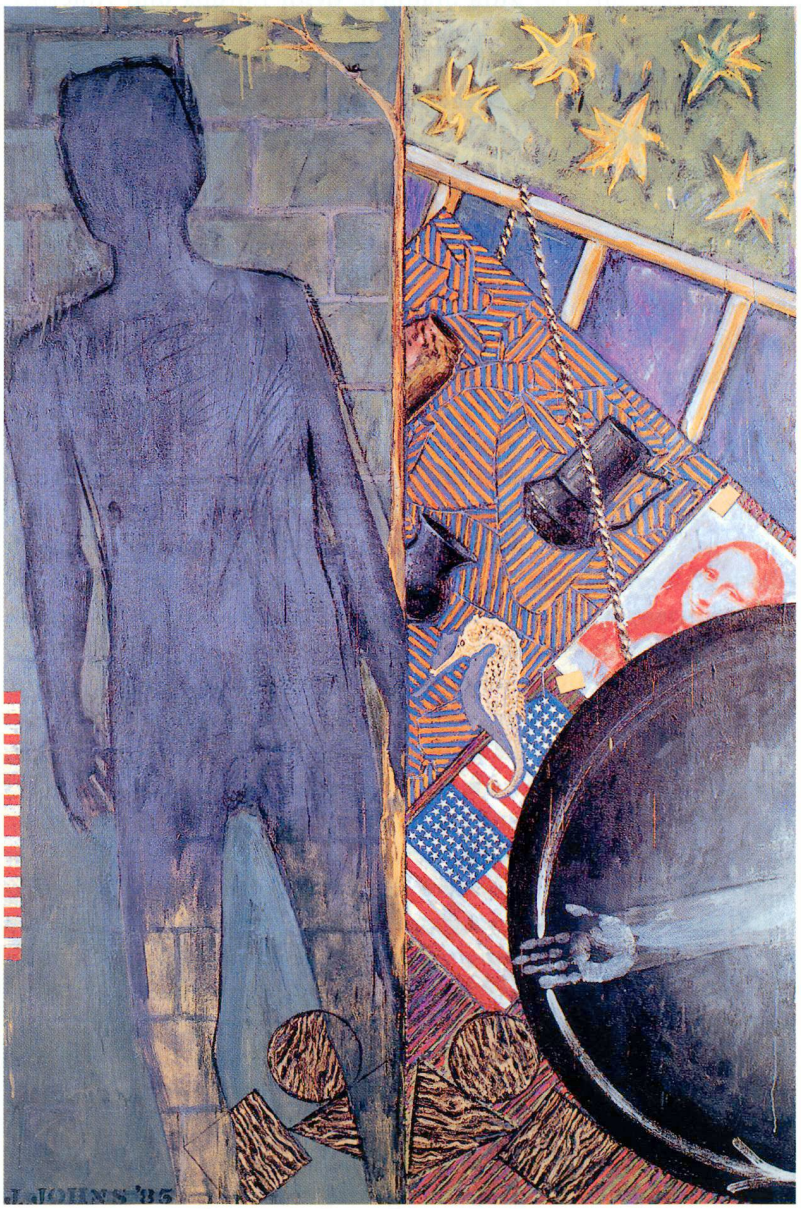
Sie entwickelten einen religiösen Stil, der sie immer deutlicher von anderen pietistischen Bewegungen unterschied und dabei entfalteten sie das ganze politische und kulturelle Potential ihres religiösen Individualismus: Wenn die Kontrolle nach innen verlegt wird, wenn sie nicht mehr von einer kirchlichen Hierarchie oder von einer mindestens ebenso spürbaren Gemeinde ausgeübt wird, sondern vom Gewissen der prinzipiell Gleichqualifizierten, die es in der Hand haben, ihrem Leben eine neue Richtung zu geben, dann wird die antiautoritäre Stossrichtung ebenso erkennbar wie der zunächst nur religiös akzentuierte Populismus. Es handelt sich um die Unabhängigkeitserklärung des gemeinen Mannes. *Revivalism* – die Aufforderung umzukehren und ein neues Leben zu beginnen – und der Glaube daran, dass es jederzeit möglich sei, den alten Adam und die eigene Geschichte in einem solchen Neubeginn hinter sich zu lassen, das wird nicht nur zum enthusiastischen religiösen Stil, sondern auch zum Leitmotiv der amerikanischen Kultur.

Zyklische Awakenings

Der evangelikale Protestantismus betont nun nach der Revolution, dass Trennung von Staat und Kirche keineswegs die Privatisierung der Religion bedeute, sondern dass die Gesellschaft ebenso wie der Einzelne sich ständig bekehren und regenerieren müsse. Diese Vorstellung von der Gesellschaft als einer christlichen Bewegung, die sich ständig verbessert und weiterentwickelt, blieb gut ein Jahrhundert lang vorherrschend, bis sie durch Darwinismus, Historische Bibelkritik und die kombinierte Wirkung von Einwanderung und Verstädterung erschüttert wurde und schliesslich in dem *Scopes Trial,* dem sogenannten «Affenprozess» von Tennessee, eine dramatische kulturelle Niederlage erlebte.

Damit ist bereits auf die zweite Besonderheit verwiesen, nämlich auf die Geschichte der religiösen Erweckungsbewegungen. Diese *Awakenings* werden unterschiedlich bewertet, doch niemand bestreitet, dass man die amerikanische Kultur- und Religionsgeschichte als eine Abfolge solcher Bewegungen beschreiben kann und dass sie mit politischen Umbrüchen in Verbindung zu bringen sind.

Das erste *Awakening,* Mitte des 18. Jahrhunderts, das noch innerhalb der alten



Jasper Johns, Summer, 1985, Sommer. Enkaustik auf Leinwand, 190,5 x 127 cm. Sammlung Philip Johnson.

etablierten Kirchen stattfand, setzte nicht nur jene Individualisierung durch, die erheblich zur Vereinheitlichung des amerikanischen Protestantismus beigetragen hat, sondern es rückte diesen auch in die Nähe der liberalen Naturrechtstheorien des *John Locke* und des *Thomas Paine*, indem es deren Aussagen in die religiöse Sprache übersetzte. Offensichtlich ist die Nähe zwischen *Thomas Paines* Parole, die Amerikaner hätten es in der Hand, die Welt von neuem zu beginnen und der religiösen Forderung nach Umkehr und Wiedergeburt. Doch auch naturrechtliche Parolen wie Freiheit, Arbeit, Eigentum und Widerstandsrecht fanden in der vorrevolutionären Epoche so weit Eingang in Predigttexte, dass z. B. die englandtreuen Loyalisten den Baptisten vorwarfen, sie hätten *John Locke* zum fünften Evangelisten gemacht.

Nach der Revolution und während der Ausdehnung des Landes nach Westen, also im Gefolge einer zweifachen Auflösung alter Strukturen, kam es zu einem zweiten Umbruch. Zunächst änderten sich die Organisationsformen und die Mehrheitsverhältnisse, wobei der evangelikale Protestantismus zur tonangebenden Hauptrichtung wurde, und schliesslich fand der Protestantismus seine Einheit nur noch in den politischen Erneuerungsbewegungen.

Der an Erweckung und Wiedergeburt orientierte Protestantismus betonte die Autorität der Bibel, statt der Autorität des Amtes: Jeder kann die Bibel ohne die Hilfe von Eliten interpretieren, und diese antiautoritäre Aussage bleibt nicht auf die Sphäre der Religion beschränkt. *Nathan Hatch* hat in einem Buch über die «Demokratisierung des amerikanischen Christentums» gezeigt, wie der evangelikale Stil politische Formen prägte (Zeltmission und Wahlveranstaltung) und die politischen Themen des 19. Jahrhunderts als religiöse Themen vorwegnahm.

Der bereits erwähnte Kulturbruch Ende des 19. Jahrhunderts erschütterte diesen Protestantismus in seinem Selbstverständnis, so dass man ihn schliesslich als eine Mehrheitsreligion mit Minderheitsbewusstsein bezeichnete. Man kann jedoch auch diesen Umbruch als den Beginn eines dritten *Awakening* deuten, denn nun führen Liberale Theologie und *Social Justice* innerhalb des Protestantismus zu einer neuen Mehrheit, die dann für etliche Jahrzehnte als die *Mainline* gilt. Weil diese religiöse Umorientierung in die Vorgeschichte des *Progressive Movement* und der Reformprogramme von *Roosevelts New Deal* bis zu *Kennedy* und *Johnson* gehört, ist es schliesslich nicht schwer, ein viertes *Awakening* wieder als die Korrektur dieser Entwicklung zu verstehen. Tatsächlich erlebt Amerika in *Eisenhowers* fünfziger Jahren einen religiösen Boom, der zunächst mit dem Anwachsen des Mittelstandes allen Religionsgemeinschaften zugute kommt. Dann aber zeigt sich, dass der Wohlfahrtsstaat keineswegs die Armut beseitigt hat, weshalb sich der Blick auf kulturelle Faktoren richtet. In einer erneuten innerprotestantischen Diskussion wird die evangelikale Richtung wieder zur Mehrheit und die vorher so genannte *Mainline* muss erhebliche Mitgliederverluste hinnehmen. Wiederum nimmt also die religiöse Gesellschaftskritik, diesmal die Kritik am Wohlfahrtssystem, den politischen Stimmungsumschwung vorweg. Dass Armut nicht nur als Mangel an Geld zu verstehen sei, sondern auch als Mangel an geistigen und moralischen Ressourcen – diese Beurteilung hätte man noch in den siebziger Jahren als so hinterwäldlerisch abgestempelt, wie man es mit den konservativen Protestanten ganz generell tat. Heute ist diese Meinung längst akzeptiert, und so erschien in diesem Jahr ein Buch des Wirtschaftshistorikers und Nobelpreisträgers *Robert William Fogel* mit dem Titel «The Fourth Great Awakening». *Fogel* sagt über das dritte *Awakening*, das in den 1890er Jahren begann, es habe Umverteilung als die Lösung der Probleme betrachtet, das vierte *Awakening* dagegen, das durch den neuen christlichen Konservatismus vorbereitet worden sei, betone *Spiritual Resources*, vor allem *Personal Responsibility*.

Religion spielt in Amerika eine andere Rolle, weil die Religion auf ungeplante Weise zur wichtigsten Form der sozialen Integration wurde.

Revivalism – die Aufforderung umzukehren und ein neues Leben zu beginnen – ein Leitmotiv der amerikanischen Kultur.

Kredit religiöser Selbstzuordnung

Alle diese Beispiele zeigen, dass man die gesamte amerikanische Kulturgeschichte als ein einziges *Awakening* begreifen könnte, nämlich als den dauernden Versuch der Selbstkorrektur und der neuen Bestimmung der kollektiven Ziele. Religion spielt in Amerika eine andere Rolle, und dies nicht, weil die Amerikaner anders

sind, sondern weil die Religion auf ungeplante Weise zur wichtigsten Form der sozialen Integration wurde.

Zugehörigkeit bietet in einer ansonsten kaum strukturierten sozialen Umwelt die Vermutung der Verlässlichkeit, sie macht Partner kalkulierbar. Darauf hat *Max Weber* in der schönen Anekdote von jenem Patienten hingewiesen, der dem Arzt noch vor der Schilderung seiner Beschwerden mitteilte, er sei Mitglied der *First-Baptist-Church.* Lange vor der Erfindung jener Kreditkarte, die mit dem Slogan wirbt, dass man mit seinem guten Namen zahlen solle, hat er damit auf jenen Kredit verwiesen, den religiöse Selbstzuordnung verleiht. Freilich nur unter voluntaristischen Bedingungen: Zunächst dienen diejenigen Religionen als Ausweis individueller, moralischer Qualität, die den Einzelnen nur unter solchen Bedingungen aufnehmen. In einer egalitären Gesellschaft, in der religiöser Wettbewerb herrscht, setzt sich dieser religiöse Stil jedoch allgemein durch. Man betont Moral statt Glauben, und entsprechend herrscht Desinteresse an Geschichte, Unverständnis für Institutionen und Ungeduld mit Theorie und Theologie. Unter solchen kulturellen Bedingungen neigt man dann auch zum Konzept der Zivilreligion, also zu dem Versuch, die beglaubigende Funktion der Religion in den öffentlichen Raum zu übertragen und sie als Stütze der staatsbürgerlichen Gesinnung zu benutzen.

Man betont Moral statt Glauben, und entsprechend herrscht Desinteresse an Geschichte, Unverständnis für Institutionen und Ungeduld mit Theorie und Theologie.

Noch wichtiger ist jedoch der Wettbewerb der Religionsgemeinden. Er ist sowohl Voraussetzung wie Ergebnis ihrer Fähigkeit, Entwicklungen vorauszunehmen und zu verarbeiten. Die Religion übernimmt dann in aufgeregten Zeiten die Rolle des Vorreiters, in ruhigen Zeiten dagegen die der Stabilisierung im Sinne der individuellen Beglaubigung wie der zivilreligiösen Bestätigung. Beides sind Formen der Funktionalisierung der Religion, die auch von amerikanischen Autoren entsprechend kritisiert wurden, aber beides erklärt auch, weshalb Amerika ein religiöses Land geblieben ist. ✦

Neo-Liberalismus

Seit den 1990er Jahren ist vor allem in Europa der Begriff «Neo-Liberalismus» zum zentralen Schmähwort gegen jegliche marktwirtschaftliche und liberale Politik geworden. Der Begriff wird dabei allenfalls vage definiert, was erlaubt, dass man allerlei Dinge, die eigentlich nichts mit der Marktwirtschaft und dem klassischen Liberalismus zu tun haben, mit der Marktwirtschaft und dem klassischen Liberalismus in einen Topf werfen kann – etwa mit Nationalsozialismus und Faschismus.
Auf der intellektuellen Ebene zielt der Vorwurf des «Neo-Liberalismus» gegen jene Denker, die sich gegen die Verfallstendenzen und Korrumpierungen des Begriffs Liberalismus (vor allem in der angelsächsischen Welt, wo er fast zum Synonym für sozialistische Ideen wurde) seit dem letzten Weltkrieg in vielen Ländern gewehrt haben und auf eine authentische Reformulierung seiner Ideale drängten. Erwähnt seien grosse Ökonomen wie Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek. Ebenfalls genannt werden müssten Walter Eucken oder Wilhelm Röpke in Deutschland, die die Grundlagen für das «Wirtschaftswunder» der Nachkriegszeit legten – und schliesslich auch Ludwig Erhard selbst. In Amerika gehörten in den siebziger und achtziger Jahren Ökonomen wie die Nobelpreisträger Milton Friedman und James M. Buchanan dazu. Die von diesen Denkern verfochtenen Ideen werden oft als «neo-liberal» bezeichnet. Von der Sache her handelt es sich um puren Liberalismus. Eigentlich sollte er auch nur so bezeichnet werden.
DETMAR DOERING

Aus: FRED E. FOLDVARY, Das Lexikon der freien Marktwirtschaft, herausgegeben und ergänzt von Detmar Doering, Verlag Wirtschaft und Finanzen, Düsseldorf 2000.

Anmerkung der Redaktion: Dieses Lexikon ist ein überaus wertvolles Hilfsmittel, weil es eine Brücke baut für das Verständnis des Unterschieds zwischen dem amerikanischen und europäischen Sprachgebrauch im Bereich der Wirtschaft und der Politik.

Das Zusammenleben mit dem neuen Europa

Zbigniew Brzezinski ist Berater am Center for Strategic and International Studies und Professor für American Foreign Policy an der Johns Hopkins Universität, Washington D.C. Von 1977 bis 1981 war er Sicherheitsberater von Präsident Carter. 1981 erhielt er vom amerikanischen Präsidenten die Freiheitsmedaille für seine Verdienste bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Amerika und China und für sein Engagement für die Menschenrechte und die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten.

Die transatlantische Allianz ist die wichtigste globale Verbindung der USA. Sie ist ein Sprungbrett für die globale amerikanische Beteiligung, das den USA erlaubt, eine entscheidende Rolle als Vermittler in Eurasien, im zentralen Machtfeld der Welt, zu spielen. Durch die Allianz wird auch eine Koalition geschaffen, die weltweit die Dominanz in den wichtigsten Dimensionen der Macht und des Einflusses ausübt.

Gemeinsam stützen die USA und Europa die Achse der globalen Stabilität, die treibende Kraft der Weltökonomie und den Nexus des intellektuellen Kapitals der Welt sowie der technologischen Innovation. Von gleichwertiger Bedeutung ist die Tatsache, dass sich in den USA und Europa die erfolgreichsten Demokratien der Welt befinden. Die Art, in der die Beziehung zwischen den USA und Europa gehandhabt wird, muss deshalb die höchste Priorität Washingtons sein.

In der absehbaren Zukunft wird und kann «Europa» nicht die «USA» sein. Sind die Konsequenzen dieser Tatsache einmal auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans verdaut, sollte sich der Dialog zwischen den USA und Europa wesentlich entspannen. Dies sollte der Fall sein, trotzdem sich die Europäer mit der Problematik ihres gleichzeitigen Strebens nach Integration, Expansion und zum Teil Militarisierung auseinandersetzen, und trotzdem sich die Amerikaner an die unvermeidliche Entstehung einer neuen europäischen Politik anpassen müssen.

Die Vereinigung von mehreren Völkern entsteht normalerweise als Resultat einer äusseren Notsituation, eines gemeinsamen ideologischen Engagements, die Vorherrschaft der Mächtigsten oder einer Kombination dieser Faktoren. In der ersten Phase des europäischen Strebens nach Einheit spielten zwar alle drei Faktoren eine Rolle, jedoch in verschiedenen Ausmassen. Die Sowjetunion stellte eine wesentliche Bedrohung dar; der europäische Idealismus wurde von den noch frischen Erinnerungen über den Zweiten Weltkrieg wachgehalten; und Frankreich konnte das entstehende ökonomische Potential Deutschlands dazu nutzen, seine eigenen politischen Zwecke zu fördern, indem es die von Westdeutschland empfundene moralische Verletzlichkeit ausbeutete. Diese Impulse haben am Ende des Jahrhunderts wesentlich abgenommen. Die europäische «Integration» – hauptsächlich ein Prozess einer regulativen Standardisierung – ist daher eine alternative Definition von Vereinigung geworden. Doch obwohl Integration eine vollkommen sinnvolle Art ist zu einer operativ effizienten Fusion zu gelangen, wird dadurch eine emotionell sinnvolle Verbindung doch nicht erreicht werden. Tatsache ist, dass eine bürokratisch vorangetriebene Integration den politischen Willen, der für eine wahre Einheit nötig ist, nicht erzeugen kann. Eine solche Integration vermag trotz gelegentlicher Rhetorik weder die Phantasie einer europäischen Gleichstellung zu regen, noch vermag sie die sterbliche Leidenschaft zu entfalten, die den Staat in Notzeiten erhalten kann.

Die Lücke zwischen «Vereinigung» und «Integration» erklärt, weshalb die Integration langsam fortschreiten wird und weshalb sie Europa sogar wieder zerteilen könnte, wenn sie zu schnell vorangetrieben würde. Tatsächlich würde jeder Versuch, die politische Vereinigung zu beschleunigen, die inneren Spannungen zwischen den führenden Staaten der Union intensivieren, da jeder Staat noch darauf besteht, seine Souveränität in den kritischen Bereichen der Aussenpolitik zu wahren.

Zur strategischen Ausrichtung

Amerikanische Entscheidungsträger sollten sich bei aussenpolitischen Entschei-

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Artikels von Zbigniew Brzezinski, «Living with a New Europe», erstmals erschienen in: The National Interest, Washington, Summer 2000.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Dr. Michelle Norgate und Dr. Michel Hess, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich.

dungen gegenüber Europa eines einfachen Prinzips erinnern: Das Ideal soll nicht zum Feind des Guten werden. Das Ideal aus der Sicht von Washington wäre ein politisch vereintes Europa, das sich der Nato gegenüber verpflichtet fühlt; ein Europa, das bereitwillig gleichviel für die Verteidigung ausgibt wie die USA; ein Europa, das seinen Beitrag zur Nato fast ausschliesslich dem Aufbau der Kapazitäten der Nato widmet; ein Europa, das bereitwillig zustimmt, dass die Nato ausserhalb ihres vertraglichen Gebietes agieren soll, um die globale Last der USA zu vermindern; ein Europa, das den geopolitischen Prioritäten der USA bezüglich angrenzende Gebiete, besonders Russland und dem Mittleren Osten, zustimmt und das sich in bezug auf das internationale Handels- und Finanzwesen als entgegenkommend erweist. Das «Gute» ist ein Europa, das als ökonomischer Rivale fungiert, das stetig den Rahmen der europäischen Interdependenz vergrössert, während es in wahrer politisch-militärischer Unabhängigkeit zurückbleibt, das seine Selbstinteressen im ständigen Einsatz der USA an der europäischen Peripherie von Eurasien erkennt, auch wenn es sich über die eigene relative Abhängigkeit ärgert und halbherzig seine allmähliche Emanzipation anstrebt.

Amerikanische Entscheidungsträger sollten allerdings erkennen, dass «das Gute» in der Tat den unbedingt notwendigen Interessen der USA dient. Sie sollten bedenken, dass Initiativen wie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) das europäische Streben nach Selbstachtung widerspiegeln und dass nörgelnde Verfügungen von Aussen- und Verteidigungsministerien bloss dazu führen, dass der europäische Groll gegen die USA intensiviert wird, und auch dass solche Verfügungen die Deutschen und Briten womöglich in die Arme der Franzosen treiben werden. Zudem wird eine Gegenstellung der USA zur europäischen Vereinigung bloss dazu führen, dass manche Europäer fälschlicherweise davon überzeugt würden, dass die Nato für die Sicherheit der USA wichtiger ist als für die Sicherheit von Europa.

Anpassungen innerhalb der Nato werden sicher unvermeidlich sein, wenn sich Europa langsam zu einem klareren politischen System entwickelt. Die ESVI wird die Entscheidungprozesse der Nato etwas erschweren, und die europäischen Beiträge zur militärischen Verstärkung der Nato könnten sogar etwas leiden, wenn die EU irgendeine eigene Streitkraft anstrebt. Die ESVI wird eine Belebung einer gemeinsamen strategischen Perspektive herbeiführen, die die USA wird berücksichtigen müssen, besonders nachdem Europa innerhalb der EU ein europäisches Verteidigungsorgan organisiert. Eine gemeinsame europäische Haltung bezüglich der Sicherheit wird aber eher durch eine allmähliche Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie und durch eine Intensivierung der europäischen Planung der Streitkräfte zustande kommen, als durch einen voreiligen Sprung hin zu einer autonomen europäischen Einsatzfähigkeit – besonders bis 2003.

Das Ideal aus der Sicht von Washington wäre ein politisch vereintes Europa, das sich der Nato gegenüber verpflichtet fühlt.

In der Zwischenzeit sollte sich die USA die weitere Expansion der Nato als strategische Priorität vor Augen halten. Eine Vergrösserung der Nato bietet die bestmögliche Garantie für die Weiterführung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen. Die Vergrösserung der Nato fördert ein sicheres Europa mit einer verminder-

Ein Dekalog von grundsätzlichen Prämissen und Richtlinien zur Politik der USA

- Europa bleibt der natürliche und der wichtigste Verbündete der USA.
- Ein «atlantistisches» Europa ist der wichtigste Faktor für das eurasische Gleichgewicht.
- Einer autonomen europäischen Verteidigungskapazität, die wahrscheinlich in der nahen Zukunft nicht zustande kommen wird, soll sich die USA nicht entgegenstellen.
- Eine verbündete politische Einheit ist wichtiger als eine Verstärkung der Nato-Kapazitäten.
- Die USA soll jeden Entscheid mit Bezug auf den Einsatz des Raketen-Abwehrsystems aufschieben, bis ein Konsens mit den Verbündeten der Nato erreicht worden ist.
- Die USA soll eine vergrösserte Nato in Europa anstreben, nicht aber eine Nato, die sich ausserhalb ihres vertraglichen Territoriums engagiert.
- Die USA hat ein grösseres Interesse an einer Expansion Europas als an der Integration Europas.
- Die Nato und die EU sollen gemeinsam am Konzept für eine weitere Expansion zusammenarbeiten.
- Die Türkei, Zypern und Israel könnten irgendwann in beide Organisationen aufgenommen werden.
- Es darf keine a priori Einschränkungen oder Ausschlüsse bezüglich der Nato und der EU-Mitgliedschaft geben.

Jasper Johns, Device Circle, 1959, Zeichengerät Kreis. Enkaustik und Collage auf Leinwand mit Holz, 101,6 x 101,6 cm. Sammlung Denise und Andrew Saul.

ten Anzahl geopolitisch zweideutiger Gebiete und vergrössert gleichzeitig den europäischen Anteil an einer ausschlaggebenden und glaubwürdigen Allianz.

Die amerikanische Unterstützung für die Wiederaufnahme der Vergrösserung der Nato stimmt mit dem Interesse der USA an der Ausweitung der EU überein. Je grösser Europa wird, desto unwahrscheinlicher ist es, dass Bedrohungen von innen oder von aussen den internationalen Frieden wirklich gefährden werden. Je mehr die Mitgliedschaft der Nato mit der Mitgliedschaft der EU übereinstimmt, desto grösser wird der Zusammenhang der transatlantischen Gemeinschaft und desto zwingender wird die gegenseitige Ergänzung der «atlantistischen» und «europäistischen» Visionen. Dank glücklichen Umständen sind einige der Kandidaten, die sich jetzt entweder als Mitglieder der Nato oder als Mitglieder der EU qualifizieren, die gleichen. Die USA kann überzeugend die Meinung vertreten, dass Slovenien, die Slowakei und Litauen die Kriterien zur Nato-Mitgliedschaft bereits oder beinahe erreicht haben.

Der sich rasch wandelnde Charakter des internationalen Systems müsste in der Tat

die transatlantische Beziehung stärken. Zusammen machen Europa und die USA weniger als 15 Prozent der Weltbevölkerung aus und geniessen eine hohe Visibilität als Inseln des Wohlstands und der Privilegien in einem schäumenden und unruhigen globalen Umfeld. In dieser Zeitepoche der unmittelbaren Kommunikation kann sich die Empfindung von Ungleichheit schnell in politische Feindseligkeit umwandeln, die dann auf das Objekt des Neids gezielt wird. Deshalb sollten sowohl das Eigeninteresse als auch ein Bewusstsein für die potentielle Verletzlichkeit weiterhin die Basis einer dauerhaften Allianz zwischen Europa und den USA bleiben.

Das politische System Europas, am westlichen Rand von Eurasien und in unmittelbarer Nähe von Afrika gelegen, ist im Vergleich zu den politisch einheitlicheren, militärisch mächtigeren und geographisch isolierteren USA den eigentlichen Risiken des wachsenden globalen Aufruhrs stärker ausgesetzt. Die Europäer würden sofort grösseren Risiken ausgesetzt, sollte die russische Aussenpolitik wiederum vom chauvinistischen Imperialismus motiviert werden oder sollten sich die sozialen Zusammenbrüche in Afrika und/oder im südlichen Zentralasien weiterhin verschlechtern. Die Verbreitung von nuklearen oder sonstigen Waffen zur Massenvernichtung werden Europa auch verstärkt gefährden, wenn man die begrenzte militärische Fähigkeit Europas wie auch die Nähe potentiell bedrohlicher Staaten bedenkt. Denn soweit man sehen kann, wird Europa die USA weiterhin brauchen, um wahrhaftig sicher zu sein.

Anpassungen innerhalb der Nato werden sicher unvermeidlich sein, wenn sich Europa langsam zu einem klareren politischen System entwickelt.

Gleichzeitig erhalten die USA durch ihre Beziehung zu Europa die philosophische Legitimation und den Fokus für ihre globale Rolle. Die Beziehung schafft eine Gemeinschaft von demokratischen Staaten, ohne die die USA vereinsamt in der Welt dastehen würde. Die Erhaltung, Verstärkung und insbesondere die Erweiterung dieser Gemeinschaft – um «die Segnungen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu bewahren» – muss daher die historisch entscheidende Aufgabe bleiben. ✦

Devolution of Democracy

Jefferson hat, wie Paul Goodman sagt, den Amerikanern «30 Jahre einer blühenden Quasi-Anarchie» beschert – länger als irgendein Revolutionsführer in der modernen Welt – und mehr dauernde Freiheit geschaffen als in irgendeinem Land, die zuerst schleichende und dann galoppierende Wieder-Verstaatlichung aber nicht verhindern können. Früh schon – nämlich in der Amtszeit des 2. Präsidenten der USA, John Adams – werden Gesetze zur Absicherung der Interessen der Reichen und Mächtigen erlassen. Die Massendemokratie des Präsidenten Andrew Jackson (1829–1837) ersetzt den Allgemeinwillen durch die volonté de tous. Präsident Abraham Lincoln führt Krieg (1861–1865) nicht hauptsächlich um die Sklavenbefreiung, sondern vor allem gegen das Austrittsrecht der Südstaaten und die juridische Autonomie der Mormonen in Utah. Die Politik des «Progressivism» Anfang des 20. Jahrhunderts und des «New Deal» in den dreissiger Jahren verstaatlicht den Kapitalismus. Die Beteiligungen am Ersten und Zweiten Weltkrieg etablieren die USA als imperialistische Macht im Gewand des Weltpolizisten.

Stefan Blankertz, in: Die Therapie der Gesellschaft, Perspektiven zur Jahrtausendwende, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1998, S. 88.

Pierre Bourdieu
ist Soziologe und Professor am Collège de France, Paris, und am Centre de Sociologie européenne, Paris.

Loïc Wacquant
ist Soziologe und Professor an der University of California, Berkeley.

Die neue globale Sprachregelung der Wirtschaft

Der Einfluss der Vereinigten Staaten zeigt sich nicht zuletzt in der Art und Weise, wie wir unseren Gesellschaften einen Analyseraster aufzwingen, der vorbehaltlos Begriffe wie «Ausgrenzung», «Minorität» oder «Multikulturalismus» enthält, die der amerikanischen Realität entstammen und deren Relevanz bei uns nicht in Frage gestellt wird.

In den Industrieländern erleben wir das Phänomen, dass Arbeitgeber, hochrangige Regierungsvertreter, medienpräsente Intellektuelle und renommierte Journalisten plötzlich eine neue Sprache sprechen, deren scheinbar aus dem Nichts entstandener Wortschatz in aller Munde ist: «Globalisierung» und «Flexibilität», «Governance» und «Vermittlungsfähigkeit», «Underclass» und «Ausgrenzung», «neue Wirtschaft» und «Null-Toleranz», «Kommunitarismus» und «Multikulturalismus» sowie verwandte «postmoderne» Begriffe wie «Ethnizität», «Minorität», «Identität», «Fragmentierung» usw.

Die Ausweitung dieses neuen Sprachgebrauchs, in dem auffallenderweise die vehement als veraltet oder anmassend verworfenen Begriffe «Kapitalismus», «Klasse», «Ausbeutung», «Vorherrschaft», «Ungleichheit» fehlen, ist die Folge eines eigentlichen symbolischen Imperialismus. Die Auswirkungen dieses Imperialismus sind um so verheerender, als dass er nicht nur von den Befürwortern der neoliberalen Revolution getragen wird, die eine völlige Neugestaltung der Welt anstreben und die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die während eines hundertjährigen Klassenkampfs entstanden sind, jetzt als archaisch und hinderlich für die neue Weltordnung verschreien, sondern auch von Kulturschaffenden (Forschern, Schriftstellern, Künstlern) und Verfechtern der Linken, die sich grösstenteils freilich noch immer als fortschrittlich bezeichnen.

Wie jegliche Vorherrschaft eines Geschlechts oder einer Ethnie ist auch der kulturelle Imperialismus eine symbolische Gewalt, die auf einer zum Zwecke der Machtausübung aufgezwungenen Kommunikationsbeziehung beruht. Da in dieser Beziehung durch einzelne historische Erfahrungen bedingte Besonderheiten verkannt werden, erleben diese eine Verallgemeinerung und gelten plötzlich als universal[1].

So wie im 19. Jahrhundert eine Reihe von als philosophisch geltenden Fragen, etwa *Spenglers* Thema der Dekadenz, welches in ganz Europa erörtert wurde, ihren Ursprung in der einzigartigen Welt der den deutschen Universitätsgelehrten eigenen Besonderheiten und historischen Konflikten hatten[2], gibt es heute zahlreiche direkt aus intellektuellen Konfrontationen entstandene Themen, die sich uns aufgedrängt haben, obwohl sie doch auf Besonderheiten und Eigenheiten der amerikanischen Gesellschaft und Universitäten verweisen und sich nun – ihrer historischen Einbettung entrissen – auf der ganzen Welt verbreiten.

Diese Gemeinplätze im aristotelischen Sinn der Begriffe, mit denen man zwar argumentiert, die aber nie Gegenstand einer Argumentation bilden, verdanken ihre hauptsächliche Überzeugungskraft dem wiedererlangten Prestige ihres Ursprungsortes und auch der Tatsache, dass sie genau zum richtigen Zeitpunkt zwischen Berlin und Buenos Aires, zwischen London und Lissabon zirkulieren, was ihnen eine ubiquitäre und allzeit gegenwärtige Präsenz verleiht. Bisweilen werden sie ebenso von den vermeintlich neutralen Instanzen des «wertfreien Denkens», den grossen internationalen Institutionen – Weltbank, Europäische Kommission, Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa (OEZE) – weiterverbreitet, wie von den konservativen Denkfabriken (Manhattan Institute in New

1 Präzisierung, dass die Vereinigten Staaten kein Monopol auf Universalansprüche haben. Eine Reihe anderer Staaten – Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Spanien, Japan, Russland – haben seit jeher daran gearbeitet oder sind immer noch daran, in ihren Einflusssphären eine Form eines in jeder Hinsicht vergleichbaren kulturellen Imperialismus auszuüben. Der grosse Unterschied besteht aber darin, dass zum ersten Mal in der Geschichte ein einziges Land sich in der Position befindet, seine Sichtweise der ganzen Welt aufzuzwingen.

2 Siehe Fritz Ringer, The Decline of the Mandarins, Cambridge University Press, Cambridge, 1969.

York, Adam Smith Institute in London, Deutsche Bank Foundation in Frankfurt, der früheren Fondation Saint-Simon in Paris), den philanthropischen Stiftungen, den Schulen der Macht (Science-Po in Frankreich, London School of Economics in Grossbritannien, Harvard Kennedy School of Government in den USA usw.). Auch die grossen Medien kommunizieren unablässig in dieser überall anwendbaren *lingua franca.* Sie eignet sich ausgezeichnet, den unter Druck stehenden Redaktoren und den sich eifrig im Import/Export betätigenden Spezialisten die Illusion von Ultramodernismus zu verleihen.

Der amerikanische «Multikulturalismus» ist weder ein Konzept noch eine Theorie noch eine soziale Bewegung – obwohl er genau das von sich behauptet.

USA nach Keynes

Neben der Tatsache, dass die ursprünglichen Umstände und Bedeutungen einer international verbreiteten Idee automatisch und aufgrund ihrer inhärenten Logik verlorengehen, werden die historischen Wurzeln einer ganzen Reihe von Fragen und Begriffen verschleiert[3]. Das gilt etwa für die «Effizienz» des (freien) Marktes, des Bedarfs nach Anerkennung der (kulturellen) «Identitäten» oder auch der Hochhaltung der «Verantwortung» (des Einzelnen) – Begriffe, die anschliessend als philosophisch, soziologisch, wirtschaftlich oder politisch bestimmt werden, je nach Ort und Zeitpunkt ihres Auftauchens.

Während diese Gemeinplätze so eine auf die rein geographische Bedeutung beschränkte Globalisierung erfahren, werden sie gleichzeitig aus dem ihnen eigenen Kontext gerissen. Das mediale, gebetsmühlenartige Wiederholen der *«lieux communs»* macht sie zu universalen Gemeinplätzen, wobei in Vergessenheit gerät, selbst bei ihren Verbreitern, dass sie oft nur in zerstückelter und kaum mehr erkennbarer Form das Bild komplexer und umstrittener Realitäten einer historisch gewachsenen Gesellschaft wiedergeben, die so zum Mass aller Dinge emporstilisiert wird. Gemeint ist die Gesellschaft der Vereinigten Staaten *nach* der *Keynes-* und nach der *Ford*-Ära. Nun ist diese einzigartige Weltmacht, dieses symbolische Mekka der Erde, aber auch geprägt von einem gezielten Sozialabbau und einem Hyperwachstum des staatlichen Strafvollzugssystems, der Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung und der Diktatur der ausschliesslich auf dem *Shareholder Value* basierenden Unternehmen sowie den damit verbundenen soziologischen Konsequenzen: die steigende Anzahl Arbeitnehmer auf der untersten Lohnstufe etwa, oder die neue soziale Unsicherheit.

Multikulturalismus in Europa und in den USA

Für die schwammige Debatte über den «Multikulturalismus» gilt dasselbe. Es handelt sich dabei um einen nach Europa exportierten Begriff zur Bezeichnung des kulturellen Pluralismus im zivilen Leben, während derselbe Begriff in den Vereinigten Staaten sich auf die Ausgrenzung der Afroamerikaner bezieht, auf den in Bedrängnis geratenen Mythos des «amerikanischen Traums» der unbegrenzten Möglichkeiten. Den Hintergrund bildet der Bankrott des staatlichen Bildungssystems zu einem Zeitpunkt, da sich der Wettbewerb um das kulturelle Kapital verschärft und sich die Klassenunterschiede mit schwindelerregender Schnelligkeit verbreitern.

Das Adjektiv «multikulturell» überdeckt diese Krise, indem es den Begriff ostentativ in einen «ethnischen» Zusammenhang stellt und auf den Mikrokosmos der Universitäten beschränkt. Eigentlich geht es dabei aber gar nicht um die Anerkennung von ausgegrenzten Kulturen, sondern um deren Zugang zur Universität als Instrument der Reproduktion von Mittelstand und Oberklasse, einem Umfeld mithin, von dem sich der Staat explizit und nachdrücklich fern hält.

Der amerikanische «Multikulturalismus» ist weder ein Konzept noch eine Theorie. Er ist auch keine soziale Bewegung – obwohl er genau das von sich behauptet. Vielmehr zielt der Begriff auf folgendes ab: Denen, die jeglichen Zugangs zum öffentlichen Raum beraubt und einer starken Differenzierung in ihrem beruflichen Umfeld unterworfen sind, bleibt kein anderes Gebiet als akademisches Geplänkel auf dem Campus, um ihre politische Libido auszuleben.

Das bedeutet, dass der «Multikulturalismus» überall, wo er auftaucht, auch die drei Laster des amerikanischen Nationaldenkens hinbringt, nämlich: a) die sogenannte Gruppenbildung, welche die so-

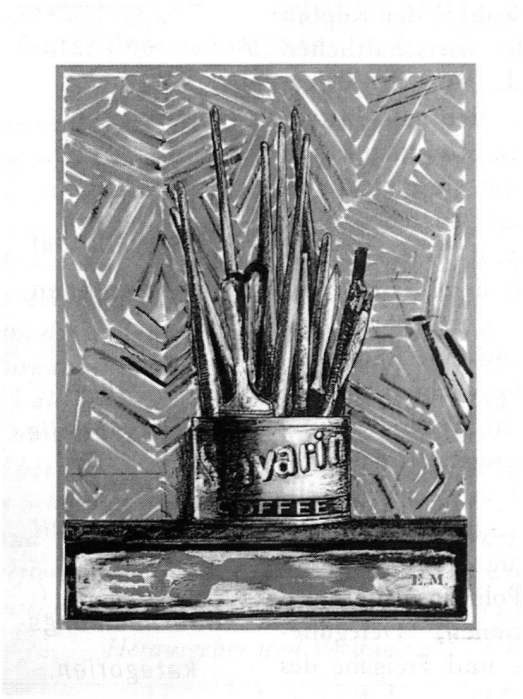
3 Pierre Bourdieu, Les conditions sociales de la circulation internationale des idées, Romanistische Zeitschrift für Literaturgeschichte, 14–1/2, Heidelberg, 1990, S. 1–10.

zialen Kluften verstärkt, die von der staatlichen Bürokratie als Grundsätze des politischen Wissens und Geltendmachens von Ansprüchen heilig gesprochen wurden; b) den Populismus, der eine Analyse der Strukturen und der Mechanismen durch die vermeintliche Hochhaltung der Kultur der unteren Klassen und ihrer «Blickweise» ersetzt; c) die Moral, die sich der Anwendung eines gesunden, vernünftigen Rationalismus in der Analyse des sozialen und wirtschaftlichen Umfelds widersetzt. Vielmehr erleben wir eine Debatte ohne Ende und Wirkung hinsichtlich der notwendigen «Anerkennung der Identitäten», gleichzeitig ist in der traurigen Alltagsrealität das Problem überhaupt nicht auf dieser Ebene anzutreffen[4]. Während sich Philosophen hochgelehrt an grossen Worten über «kulturelle Anerkennung» berauschen, werden Tausende von Kindern der unteren Klassen und Ethnien an den Grundschulen aus Platzmangel abgewiesen (dieses Jahr waren es allein in der Stadt Los Angeles 25 000 Kinder). Gleichzeitig schafft es nur einer von zehn Jugendlichen aus einem Haushalt mit einem Jahreseinkommen von USD 15 000, an die Universität zu gelangen, verglichen mit 94 Prozent der Kinder von Familien mit einem Einkommen von über USD 100 000.

Das Gleiche liesse sich über den vieldeutigen Begriff der «Globalisierung» sagen, die ja zur Folge, wenn nicht sogar zum Zweck hat, die Auswirkungen des amerikanischen Imperialismus mit dem Deckmantel der kulturellen ökumenischen Bewegung oder des wirtschaftlichen Fatalismus zu bekleiden, um so ein transnationales Kräfteverhältnis als natürliche Notwendigkeit erscheinen zu lassen. Am Ende wird, dank des Einsatzes der konservativen *Think Tanks* und ihrer Verbündeten in politischen und journalistischen Kreisen, die Neugestaltung der Sozialbeziehungen und der kulturellen Wirklichkeit, die sich am Modell des amerikanischen Arbeitgebertums orientiert, resigniert akzeptiert.

Homologe Wahrnehmungskategorien

Aus empirischen Analysen der langfristigen Entwicklung der modernen Volkswirtschaften geht aber hervor, dass die Globalisierung nicht so sehr eine neue Phase des Kapitalismus darstellt, sondern eine



Jasper Johns, Savarin, West Islip, N.Y.: Universal Limited Art Editions, 1977–81. Lithographie, 127,6 x 97,3 cm. The Museum of Modern Art, New York.

Sprachschöpfung ist, deren sich Regierungen bedienen, um zu rechtfertigen, weshalb sie sich freiwillig den Finanzmärkten unterworfen haben. Die Desindustrialisierung, wachsende Ungleichheit und der Abbau der sozialstaatlichen Errungenschaften sind das Ergebnis innenpolitischer Entscheidungen und widerspiegeln die Verschiebung der Gewichte in Richtung Kapitaleigner, auch wenn immer wieder und unermüdlich vorgebracht wird, dass diese Phänomene auf die fatalen Auswirkungen des zunehmenden Aussenhandels zurückzuführen sind.

Basierend auf ihren eigenen sozialen Strukturen, auferlegen die USA dem Rest der Welt homologe Wahrnehmungskategorien. Dadurch gestalten die USA die Welt neu nach ihrem Bilde: Die geistige Kolonisierung dieser Wahr-/Falsch-Konzepte kann nur zu einer Art «Washingtoner Konsensus» führen, wie sich das heute in der Wirtschaft, in der Philanthropie oder in der Management-Lehre feststellen lässt. Dieser doppelte Diskurs, der auf dem Glauben, nicht aber der Vernunft aufbaut, imitiert die Wissenschaft, indem er den sozialen Wahnvorstellungen der dominanten Macht den Schein von Vernunft verleiht (vor allem wirtschaftlich und politologisch). Er verfügt über die notwendige Macht, die es braucht, um die Realitäten, die er zu beschreiben vorgibt, Wirklichkeit werden zu lassen, gemäss dem Grundsatz der sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

4 Wie die Globalisierung des materiellen und symbolischen Austausches geht auch die Diversität der Kulturen nicht auf unser Jahrhundert zurück, weil sie sich im Zuge der menschlichen Geschichte ausbreitet, wie das bereits Emile Durkheim und Marcel Mauss in ihrem «Note sur la notion de civilisation» (Année sociologique, Nr. 12, 1913, S. 46–50, Vol. III, Editions de Minuit, Paris, 1968) zum Ausdruck gebracht haben.

Diese Diskussion ist sowohl in den Köpfen der politischen und der wirtschaftlichen Entscheidungsträger als auch in ihrem Publikum präsent. Sie dient als Instrument für die Gestaltung öffentlicher und privater Politik, während sie gleichzeitig als Evaluationsinstrument für eben diese Politik hinzugezogen wird. Wie alle Mythologien des Zeitalters der Wissenschaft stützt sich diese neue, globale Sprachregelung der Wirtschaft auf eine Reihe von Gegensätzen und Gleichgewichten, die sich gegenseitig tragen und in Wechselwirkung stehen, um damit den zeitgenössischen, gesellschaftlichen Wandel moderner Gesellschaften als förderlich zu beschreiben: den wirtschaftlichen Rückzug des Staates und Verstärkung seiner Polizeigewalt- und Strafverfolgungsinstitutionen, Deregulierung der Finanzströme und Freigabe des Arbeitsmarktes, Sozialabbau und Emporstilisierung der «Eigenverantwortung».

Basierend auf ihren eigenen sozialen Strukturen, auferlegen die USA dem Rest der Welt homologe Wahrnehmungskategorien.

List der imperialistischen Vernunft

Der Lauf der Geschichte schwenkt also unaufhaltsam und unumkehrbar von links nach rechts, wie auf untenstehender Tabelle dargestellt:

Staat	Markt
Zwang	Freiheit
geschlossen	offen
fest	flexibel
unbeweglich, starr	dynamisch, in Bewegung
vergangen, überholt	Zukunft, Neuheit
Unbeweglichkeit, Archaismus	Wachstum
Gruppe, Kollektivismus	Individuum, Individualismus
Einheitlichkeit, Künstlichkeit	Diversität, Authenzität
Autokratisch («totalitär»)	demokratisch

Der Imperialismus der neoliberalen Vernunft findet seine intellektuelle Erfüllung in zwei neuen exemplarischen Figuren kultureller Schöpfer: zuerst einmal dem Experten, der in Ministerien oder in den Vorstandsetagen oder im abgeschirmten *Think Tank* diskret fachtechnische, mit möglichst viel Wirtschafts- und Mathematik-Terminologie gespickte Papiere verfasst. Als Zweites gibt es den Kommunikationsberater des neuen Adels, ein Überläufer aus der Universitätswelt, der sich in den Dienst der vorherrschenden Macht gestellt hat. Seine Mission ist es, die politischen Projekte dieses neuen Staats- und Unternehmens-Adels in eine akademische Form zu bringen. Das diesbezügliche globale Vorbild des britischen Soziologen *Anthony Giddens,* Professor an der Universität von Cambridge, der vor kurzem die Leitung der London School of Economics übernommen hat und als Begründer der Strukturierungstheorie gilt, einer akademischen Synthese verschiedener soziologischer und philosophischer Traditionen, ist bisher unangefochten.

Die List der imperialistischen Vernunft zeigt sich aufs Beste in der Tatsache, dass Grossbritannien, das aus historischen, kulturellen und sprachlichen Gründen eine Vermittlerposition übernommen hat und (im etymologischen Sinn) neutral zwischen den Vereinigten Staaten und Kontinentaleuropa steht, der Welt ein Trojanisches Pferd mit zwei Köpfen beschert hat, einem politischen und einem intellektuellen. Das Pferd wird verkörpert von der dualen Persönlichkeit *Tony Blair* und *Anthony Giddens,* dem selbsternannten «Theoretiker» der «Neuen Mitte». Man kommt nicht umhin, *Giddens* Worte zu zitieren, wenn er etwa sagt, er sei *«positiv eingestellt gegenüber der Globalisierung»;* wenn er *«versucht* [sic], *auf die neuen Formen der Ungleichheit zu reagieren»,* aber dabei von vornherein zum Ausdruck bringt, dass *«die Armen von heute nicht mehr mit den Armen von früher vergleichbar sind (wie auch die Reichen nicht mehr den Reichen von früher vergleichbar sind)»;* wenn er akzeptiert, dass *«die Systeme des bestehenden Sozialschutzes und die Gesamtstruktur des Staates die Ursache der Probleme darstellen, und nicht einen Ansatz, diese zu lösen»;* wenn er die Tatsache hervorhebt, *«dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinander verbunden sind»,* um damit zu untermauern, dass *«die Sozialausgaben an ihrer Wirkung auf die Wirtschaft als Ganzes gemessen werden müssen»;* wenn er sich schliesslich *«sorgt über die Ausgrenzungsmechanismen»,* die er *«in den untersten Gesellschaftsschichten»* findet, *«aber auch in den oberen Schichten (sic)»,* wenn er überzeugt davon ist, dass *«die Neudefinition der Ungleichheit im Zusammenhang mit der Ausgrenzung auf diesen beiden Ebenen einer dynamischen Konzeption der Ungleichheit entspreche».* Die Wirtschaftswissenschaftler können sich getrost zurücklehnen: Sie haben ihren Pangloss gefunden. ✦

Dieser für die Kritik am amerikanischen Kapitalismus exemplarische Essay von Pierre Bourdieu und Loïc Wacquant erschien unter dem Titel «La nouvelle vulgate planétaire» zuerst in Heft 53 von Manière de voir, September/Oktober 2000, dem Magazin von «Le Monde diplomatique» und wurde von Karin Stutz ins Deutsche übertragen. Die Herausgeber der Schweizer Monatshefte danken dem Chefredaktor von «Le Monde diplomatique», Ignacio Ramonet, für die freundliche Genehmigung, den Text auf deutsch zu publizieren.

Michael Wirth

Zum Gedenken an Dieter Chenaux-Repond

Am 18. Oktober 2000 ist Altbotschafter Dr. Dieter Chenaux-Repond in seinem 67. Lebensjahr gestorben. Er war den «Schweizer Monatsheften» eng verbunden und gehörte zu ihren regelmässig schreibenden Autoren. 1996 hielt er aus Anlass des 75jährigen Bestehens der Zeitschrift den Festvortrag. Seine Essays und Buchrezensionen spiegelten Dieter Chenaux-Reponds Welterfahrung wider, das Bedürfnis, als schweizerischer Diplomat und Citoyen sich einzumischen. Sprachgewandt tat er das und immer auch mit unbequemen Meinungen – darauf bedacht, mit neuen Perspektiven dem Mainstream der Medienmeinung zu entgehen. – Im vergangenen Frühjahr baten wir Dieter Chenaux-Repond um einen Beitrag, der das Verhältnis zwischen Europa und den USA aus schweizerischer Sicht beleuchtet, und er schrieb den nachfolgenden Aufsatz «Der ‹Fall Schweiz› oder die Geschichte einer enttäuschten Liebe». Kurz vor seinem Tod bot Dieter Chenaux-Repond den «Schweizer Monatsheften» den Essay «Vom Sinn der Schweiz – heute» an. Er sollte die letzte von vielen Reflexionen über sein Heimatland sein; der Essay wird in der Februar-Ausgabe 2001 der «Schweizer Monatshefte» erscheinen. Wir verlieren in Dieter Chenaux-Repond einen liebenswürdigen Menschen und einen gebildeten, feinfühligen Zeitgenossen.

Herausgeber und Vorstand der «Schweizer Monatshefte»

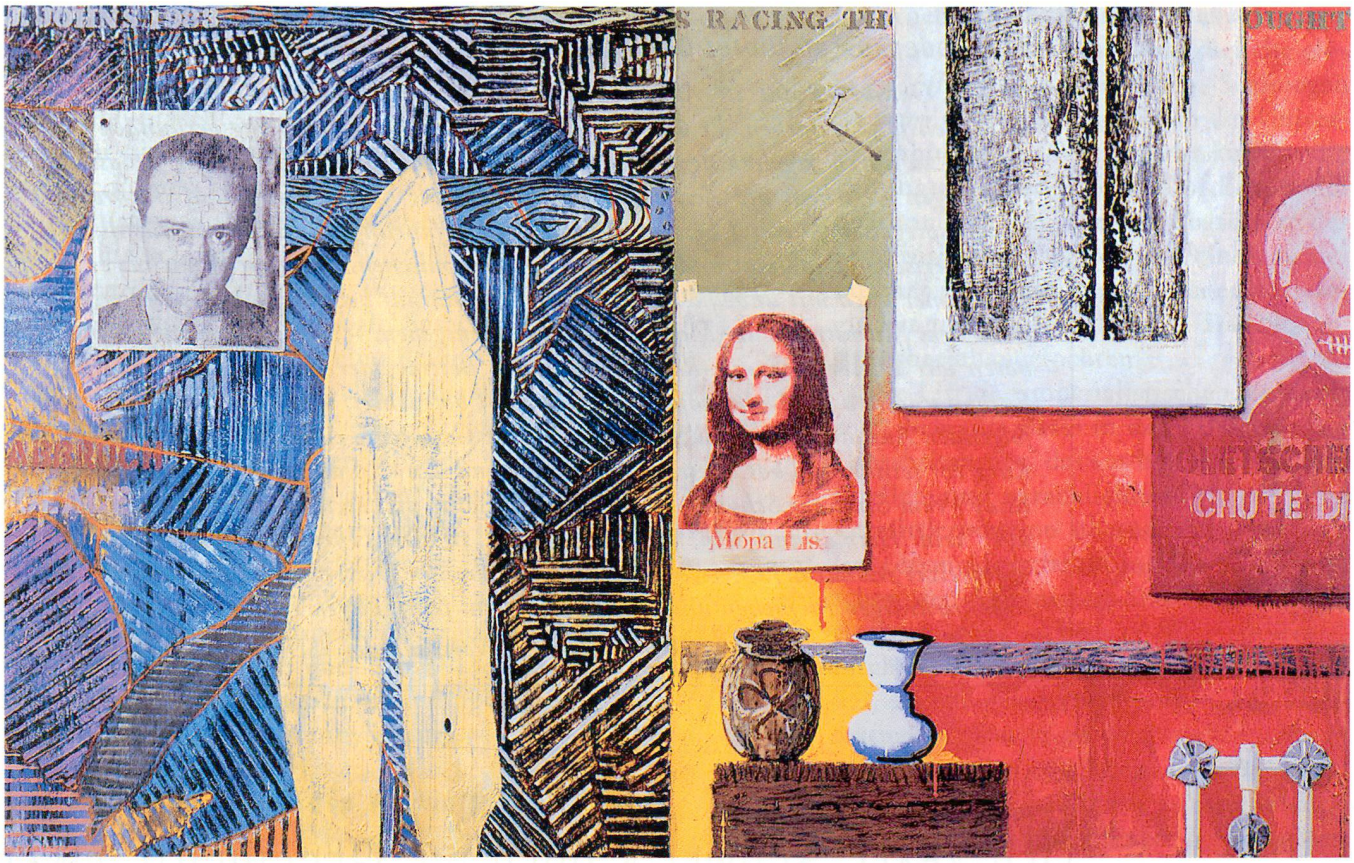
Dieter Chenaux-Repond

Der «Fall Schweiz» oder die Geschichte einer enttäuschten Liebe

In keinem Land des befreiten Europa wurde Amerikas Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, wurde sein Sieg derart enthusiastisch begrüsst wie in der Schweiz. Gewiss gab es Begeisterung auch in den skandinavischen und in den Benelux-Staaten. Allein, diese waren mehrheitlich von Hitlers Truppen besiegt und danach befreit worden. Die Freude im neutralen Schweden war gedämpfter. Das Land hatte, der Not gehorchend, im Krieg eher zur deutschen Seite hin geneigt und war vor allem andern darauf aus, seine Welt-Sozialisierungspolitik, die es für vorbildlich hielt, unbeirrbar wieder aufzunehmen.

Ganz anders die Schweiz. Unser Freiheitsverständnis ebenso wie das der Demokratie und des Föderalismus gründete auf denselben Idealen wie die amerikanischen (so haben wir es wenigstens pauschalisierend angenommen); unsere Staatsverfassungen beruhten auf denselben Überzeugungen – eine nur bedingt zutreffende Vorstellung. Bei solcher Gemütsverfassung waren die Schweizer selbstverständlich bereit, den Amerikanern den Siegeslorbeer zu überreichen, nur um sich selbst darin auszuruhn.

Die Nachkriegszeit, genauer: der Kalte Krieg war ganz dazu angetan, die Amerikanophilie der Schweizer noch zu befestigen. Kontinentaleuropa lag noch ganz darnieder, als die Anzeichen sich mehrten, der Sowjettotalitarismus wolle sich ganz Westeuropas bemächtigen. Beim Versuch, West-Berlin 1948 wirtschaftlich abzuschnüren, waren es in erster Linie die amerikanischen Versorgungsflugzeuge, die der Gegenseite die Aussichtslosigkeit einer kalten Vereinnahmung Westberlins bewiesen.



Jasper Johns, Racing Thoughts, 1983, Rasende Gedanken. Enkaustik und Collage auf Leinwand, 121,9 x 190,8 cm. Whitney Museum of American Art.

Dann, 1950, der Überfall Nordkoreas auf Südkorea, geschehen mit massiver rotchinesischer Unterstützung und sowjetischer Duldung. Der im Keim erstickte Aufstand in Ost-Berlin 1953, die blutige Niederwerfung des Aufstands der Ungarn 1956, der Tschechen 1968 – die beiden letztgenannten Ereignisse fanden bereits unter den «weichen» Nachfolgern des Despoten *Stalin* statt, das erste unmittelbar nach *Stalins* Tod, – all dies war geeignet, in den Schweizern die Bündnistreue (nota bene: ohne Bündnis) gegenüber den Vereinigten Staaten zu bestärken. Frankreich bewahrte sich unter *de Gaulle* stets seine auf der hochentwickelten Identität des Landes fussende Distanz; in der Bundesrepublik Deutschland besass die Allianz mit Amerika (Nato) eine *kausale* Begründung: Nur die USA waren in der Lage, Westdeutschlands Unversehrtheit zu garantieren.

In der Schweiz aber entsprach die «Bruderschaft» mit Amerika einem Herzensgrund; insofern war sie naiv-freiwillig. Sie nährte sich übrigens aus einer uneingestandenen, emotional-psychologischen Quelle. Den Schweizern, namentlich deutscher Zunge, behagt Kontinentaleuropa so recht nicht, sind wir auch schicksalshaft auf es angewiesen. Europa, das ist für uns noch immer der uralte deutsch-französische Gegensatz, der unsere eigene Identität gefährden könnte. Die Schweiz fühlt sich so recht wohl nur unter weit entfernten Gesinnungsgenossen, die sie mitunter mit ihren Schicksalsgenossen durcheinander wirft. Das ist nichts anderes als eine helvetische «Altlast».

Der Traum naturgegebener Gleichgesinntheit begann zu weichen, als 1989/90 der Kommunismus in Zentral- und Osteuropa Stück für Stück zusammenbrach.

Dies führte, indem die EG, danach die EU erstarkte, zu Verstiegenheiten einer «natürlichen» Allianz zwischen der «liberalen, unschuldigen» Schweiz, dem dem Freihandel verschriebenen Amerika und – Japan, begründet in der Gemeinsamkeit gegen den «Protektionismus der EU».

Erwachen nach dem Traum

Der Traum naturgegebener Gleichgesinntheit begann zu weichen, als 1989/90 der Kommunismus in Zentral- und Osteuropa Stück für Stück zusammenbrach. Noch einmal bewiesen die USA weltpolitische Grösse, indem sie die Vereinigung der beiden Deutschland mit ruhiger Festigkeit

förderten. Aber indem die Sowjetunion als Supermacht ausschied, blieben nur noch die Vereinigten Staaten als weltbeherrschende Ordnungsmacht übrig. Und während diese zu Zeiten des Kalten Krieges auf Westeuropas Zustimmung angewiesen waren, war dies nach dem Wegfall des sowjetischen Bedrohers nicht länger der Fall.

So wurde Amerikas Aussenpolitik hemdsärmlig, wie es sich für eine noch unreife, jugendlichem Elan hingebende Weltmacht gehört. Das Völkerrecht wurde zum Völkerrecht nach amerikanischen Vorstellungen, moralisierende Mäntelchen dienten der durchsichtigen Verdeckung sehr handfester strategischer und wirtschaftlicher Interessen. Und da Westeuropa noch immer nicht in der Lage war und ist, vor seiner eigenen Haustür (Balkan) allein für Gesittung zu sorgen, war es wiederum auf die Vereinigten Staaten angewiesen.

Die Nachkriegszeit, genauer: der Kalte Krieg war ganz dazu angetan, die Amerikanophilie der Schweizer noch zu befestigen.

Eine notwendige Kurskorrektur – mit Massen

Die Schweiz wurde und wird in diesem Prozess mehr als irgendein anderes westeuropäisches Land vor ein Dilemma gestellt: Einesteils ist es Teilhaber einer typischen westeuropäischen, zuweilen etwas träumerischen Wertegemeinschaft, die sich von der typisch amerikanischen (indessen von lange nicht allen Amerikanern geteilten) Überzeugung nährt, was gut ist für Amerika, sei auch gut für die Welt. Anderenteils bewahrt sie ihr gutes, in aller Regel instinktsicheres Erinnerungsvermögen auch davor, über *Schillers* Dictum einfach hinwegzuschreiten, das lautet:

> *«Und setzet ihr nicht das Leben ein –*
> *Nie wird euch die Freiheit gewonnen sein.»*

Womit wir leicht wieder in die Nähe romantischer Vorstellungen von der Selbsthingabebereitschaft der Amerikaner geraten. Mit der Bereitschaft, die Irrtümer der EU schärfer zu sehen (etwa ihre Reaktion auf Österreichs Mitte/Rechtsregierung) als das weit überwiegend Konstruktive, machen wir es uns so schwer als möglich, die Bedeutung des europäischen Entwurfs zu erfassen. Statt dessen lassen wir es uns in der Geborgenheit Amerikas wohl sein.

Europa darf sich vornehmen, die Amerikaner daran zu erinnern, dass unsere Freiheit dort endet, wo jene des Nächsten beginnt.

Wir sollten uns nicht schämen über ein sichereres Gespür als andere zu verfügen, wenn es um das Erkennen fundamentaler Zusammenhänge geht, etwa zwischen Freiheitswahrung und Wehrbereitschaft. Zugleich tut dringend not, dass wir uns der Erkenntnis öffnen, dass die Bündelung der Kräfte, um den Kern der Gemeinsamkeiten zu erhalten – die Freiheit, die Demokratie – nur in einem *überschaubaren Raum* überhaupt möglich ist. Dieser Raum ist Westeuropa, das uns so lange bedrohte, das uns aber auch nach dem Verlust seiner Weltherrschaft sehr gerne als vielleicht frühreife Teilhaber tieferer Einsichten empfangen möchte – beileibe nicht einfach als Zahlmeister, vielmehr zuweilen auch als Vorbild. Dort ist doch unsere Welt: die Welt des Völkerrechts, des Roten Kreuzes, der gleichmässigen, allgemeinen Schulpflicht, der Sozialpartnerschaft, die Welt des hörbereiten Erinnerns anstelle der Welt blinder Inbesitznahme.

So weit sind wir noch nicht. Noch in der Vorbereitungsphase der Welthandelskonferenz in Seattle vom vergangenen Spätherbst wähnten wir uns besser vertreten durch die Vereinigten Staaten als Promotoren des industriellen und Dienstleistungsfreihandels und als Protektionisten einer schlechthin abusiven Landwirtschaftspolitik als im Gehege der EU, die bei den Industriezöllen nicht geradezu alles aufgeben und in der Landwirtschaft alles behalten wollte. Die Konferenz wurde für die USA zum Debakel, und unsere eigene Delegation kehrte wie begossene Pudel nach Bern zurück.

Ob diese Lektion zu besseren Einsichten führt? Keinesfalls geht es darum, den Vereinigten Staaten Respekt, ja Freundschaft aufzukündigen. Sie haben ja doch – nach *Winston Churchill* – das Entscheidende zum Überleben der Freiheit in Europa beigetragen. Aber Europa darf sich vornehmen, die Amerikaner daran zu erinnern, dass unsere Freiheit dort endet, wo jene des Nächsten beginnt. Dies gilt zumindest für eine zivilisierte Welt. Sollten nicht alle Völker an ihr teilhaben – nun, dann müssten wir gründlich über die Bücher gehen. ✦

Christopher Hulse,
Botschafter Grossbritanniens in Bern

Europe and the USA: Partners and Competitors

«The Americans see the British as useful partners because of their EU membership and not despite it», says Christopher Hulse, British Ambassador in Switzerland. Robert Nef interviewed Christopher Hulse in Berne.

Robert Nef: Europeans tend to cherish many clichés about Americans. What are the prejudices you encounter among Europeans? What is your response to them?

Christopher Hulse: Some Europeans ascribe hegemonistic ambitions to the Americans. This is an outmoded view – if it was indeed ever valid. The Americans have for many years been encouraging the Europeans to do more for their own defence, for example. They are also strong supporters of European unification.

Jasper Johns, Untitled, 1986, Ohne Titel. Tusche auf Kunststoff, 66 x 46 cm. Besitz des Künstlers.

In the competition of systems, capitalism has clearly been victorious. Nevertheless, the announcement of the end of history has proved to be at least somewhat premature in that controversies about the merits of different brands of capitalism, some of which strangely resembling socialism, have not abated so far. Do you think that the competition between European and American capitalism will end up by improving both versions of capitalism, or is there the danger of increasing confrontation?

It is not certain that there are different brands of capitalism. It is not an ideology or a political system. Most people would accept that wealth is generated by markets, but also that the state or – ever more frequently – groups of states establish frameworks within which markets operate. Competition is inherently healthy but conflicts between the US and Europe, where they arise, will increasingly be regulated by bodies such as the WTO.

Is Switzerland perceived to be a special case of a European nation?

There is a lot in Switzerland that is *sui generis,* particularly because of its highly developed system of direct democracy and its cultural diversity. These elements would be of great benefit to the EU, if the Swiss people decided to join.

Has the special relationship between the United Kingdom an the U.S.A. survived Britain's joining the European Union? Does it have the power of creating a rift within the European Union between group favouring free trade an another one seeking salvation in interventionism, redistribution and all-European protectionism?

The United Kingdom pursues its own interests within Europe and this has nothing to do with its relationship with the US. The Americans see the British as useful partners *because* of their EU membership and not despite it. ✦

Jörg Baumberger, geboren 1944 in Biel, ist Titularprofessor für Volkswirtschaftslehre und lehrt an der Universität St. Gallen.

A Diary Entry after Reading a Jewish Article on Holocaust Reparations

In its September 2000 issue, «Commentary» magazine ran a lengthy article by senior editor Gabriel Schoenfeld[1] *on the holocaust reparations campaign that broke loose in the nineties and led to substantial transfers of money from European institutions to organisations representing Jewish beneficiaries.*

«*Commentary*» is a high-brow conservative journal catering to a highly educated and culturally demanding Jewish audience. It defends traditional western values such as liberty, the dignity of man, and private property which it combines with a pronounced loyalty to the Jewish tradition. In the article, *Mr. Schoenfeld* takes issue, on moral and factual grounds, with the holocaust reparations and moral reeducation campaign that is being aimed at many western countries, particularly Switzerland.

An American-Jewish response long overdue

Gabriel Schoenfeld's article «Holocaust Reparations – A Growing Scandal» constitutes the long awaited response of reason to the ill-begotten reparations campaign unleashed, in the nineties, by a vocal part of American Jewry against European institutions whose bad luck it was to be the legal successors of institutions already in existence during the troubled thirties and fourties. Regrettably, this response might well be coming too late. By now, the self-appointed leaders of the Jewish cause such as Rabbi *Israel Singer, Edgar Bronfman, Avraham Burg, Elan Steinberg* and a handful of Jewish lawyers are, for better or worse (in Switzerland definitely for worse), widely perceived as the true and only representatives of the Jewish community. Likewise, the U.S. government and media have successfully conveyed the impression of subscribing to the same biased historiography and the same other-worldly moral standards that have been championed by the Jewish advocates of belated reparations and transnational moral re-education.

One should make no mistake. The facts of the issues had been established long before the recent reparations and restitution campaigns. To anyone interested in, and acquainted with, the postwar literature on the issues, the wave of reports brought a plethora of detail but hardly any sweeping new insights. The facts were there for the asking. Yes, the Swiss authorities did deny entry to thousands of Jewish refugees knocking at the country's doors, and yes, the Swiss government did successfully deter an unknown, presumably not negligible, number of potential refugees from even attempting an escape from their German tormentors. Yes, the Swiss government did play a possibly significant role in the concoction of the J-stamp in passports of Jewish Germans. Yes, the Swiss National Bank did purchase gold looted in central banks of Nazi-occupied countries of Europe and recycled much of it to other neutrals and ultimately also to Allies. Yes, once the war was over, Swiss banks and insurers generally left the burden of proof of entitlement to those strangers who came to their windows and claimed to be the more or less distant relatives and successors of presumably disappeared account holders. Yes, some of the deposits of presumptive Nazi victims have remained on the books of the Swiss financial institutions until the recent campaign. Yes, parts of Swiss industry were producing arms and multiple-use goods for Germany. Yes, Swiss art collectors purchased works of art, confiscated by the Nazis. Yes, Switzerland did greatly benefit from the Allied war effort and death toll in that it was the Allied forces, and not the (comparatively large and costly) Swiss Army, that eventually relieved Switzerland from the stranglehold

1 The article can be downloaded from the website of Commentary magazine: http://www.commentarymagazine.com/0009/schoenfeld.html.

in which it had been held by Nazi-Germany and its allies from 1940 to 1945.

To an armchair moralist and eclectic historian uneducated in the trials facing people in environments of war, conquest, and revolution, all this amounts to a pretty heavy indictment, amply justifying stern calls for restitution, reparation, punishment, and contrition, no matter how belated. But is this case really watertight on factual and moral grounds?

Questions this side of moral utopia

It would take an article several times the length of *Schoenfeld's* essay to sort out whether all this amounts to a sufficient case for reparations and restitution claims more than fifty years after the events. Such an article would have to answer at least nine questions:

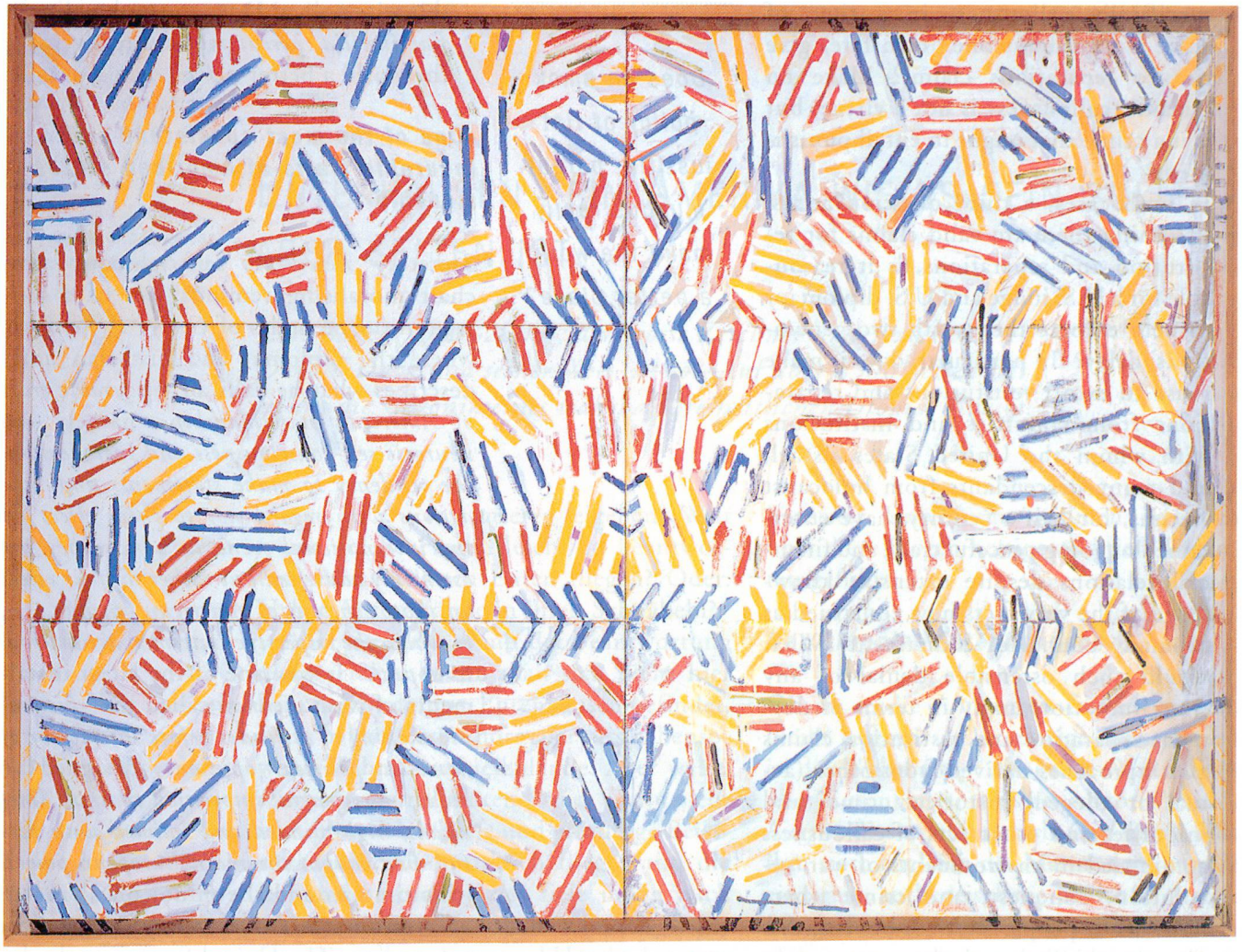
1. To what extent was Switzerland's behaviour a breach of national or international legal obligations and duties? What were actual breaches of legal obligations? To what extent did Switzerland violate its legal obligations as a neutral power in light of the extant rules of international law?
2. What was the number (relative to population) of refugees (Jewish and Gentile) *not* repelled that did get shelter in Switzerland and survived the war thanks to authorisation to stay in Switzerland despite the country's defensive policies and defensive official rhetoric? How do the relevant figures compare with the practice of much larger and much less exposed countries such as the United States and Canada?
3. What contribution to the war effort of the Allies (or to the protection of the Jewish population of continental Europe for that matter) beyond self-defense could reasonably be expected of a landlocked nation of less than five million completely surrounded by a hostile and belligerent power?
4. What preventive defense effort did Switzerland make in terms of armament, man-years of active military duty, and defense spending to prepare resistance against a possible German attack?

How would Switzerland have kept its industry running had it imposed a trade and finance boycott (or, for that matter, a near-boycott) on Germany, thereby inevitably eliciting a counter-boycott (if not outright attack) by the Axis powers?

5. What was the role of Switzerland in the Allied war effort? Did it provide valuable (though limited) services to the Allies despite its extreme exposure to German pressures and reprisals?
6. How could Switzerland possibly get hold of much needed gold to maintain convertibility of its currency after the Swiss gold stock stored in the United States had been unilaterally frozen by the U.S. authorities in 1941? Is this very freezing of Swiss gold deposits in the U.S. not evidence that even the United States regarded Switzerland as being acutely threatened by Germany?
7. How was besieged Switzerland to get from German-occupied Europe much needed commodities other than by trading with the devil, i.e. other than by supplying goods and credits requested by Germany? How would Switzerland have kept its industry running had it imposed a trade and finance boycott (or, for that matter, a near-boycott) on Germany, thereby inevitably eliciting a counter-boycott (if not outright attack) by the Axis powers?
8. How should Swiss financial institutions have handled the dormant accounts after the war? No doubt, the money was not theirs, but given the uncertain fate and unknown genealogy of the original depositors, do dormant accounts of people with Jewish-sounding names automatically fall to Jews in general, to Jewish organisations, to the state of Israel or just to whomever claims to be the legal successor? Given that accounts have no ethnic tags, how about accounts of non-Jewish clients? Is there, or should there be, such a thing as an ethnic claim of last resort on the assets of members of an ethnic group? Would that be a good idea? Did the Swiss banks expropriate the accounts?
9. Were there any post-war international agreements between Switzerland and the Allied powers that settled controversial issues and claims?

Reparations and restitutions to whom?

Although some details remain obscure, the broad answers to these questions have



Jasper Johns, Corpse and Mirror II, 1974/75, Leichnam und Spiegel II. Öl auf Leinwand (vier Teile), Masse mit bemaltem Rahmen: 146,4 x 191,1 cm. Besitz des Künstlers.

been known for a long time, and they confirm that the Swiss were less than shining heroes, but that their behaviour was of a nature justifying hesitation in moral judgment. In particular, serious research confirms that, all in all, Swiss behaviour compares rather favourably with that of countries less exposed. This does not mean that research ought to stop. The history of this tragic era must be written anew for every generation. Human behaviour of perpetrators, victims, and spectators in the face of, and amid, conquest, revolution, and war should be meticulously documented, analysed, and commented. Historiography, however, is one thing, and investigation in view of reparations and restitutions is quite another. In the latter context, at least three further questions arise:

Human behaviour of perpetrators, victims, and spectators in the face of, and amid, conquest, revolution, and war should be meticulously documented, analysed, and commented.

1. Are there really valid claims for restitution? Whom are they owed, and what do they amount to? A valid claim for restitution presupposes not just proof that the current possessor of an asset is not the rightful owner, but in addition it requires plausible evidence about the identity of the rightful owner. There is so far no rule requiring that dormant claims be restituted to the members of the depositor's ethnic group, to ethnically-defined NGOs, some ethnically-defined home-country, or to some otherwise ethnically deserving individuals.
2. Are there valid claims for reparation, and what do they amount to? Are there valid charges justifying the imposition of reparations from countries such as Switzerland (and the Netherlands, for that matter)? Reparations can be considered part compensation for harm, part punishment. Can a valid case for reparations be made against Switzerland or the Swiss banks? Does callousness (more

specifically callousness in a time of acute worry about one's own fate) give rise to reparations claims? Make no mistake, callousness is not a virtue, but is it a crime that ought to entail punishment?

3. In both cases, a third question arises: Assuming there are valid claims for restitution and reparations, is it reasonable for a U.S. judge and U.S. diplomacy to help enforce them with two generations' delay? In particular, does it make sense to extort restitutions and reparations from countries and institutions with whom the United States, Israel, and many descendants from holocaust victims, for half a century, have entertained ongoing peaceful trade and financial relations despite extensive knowledge of the very facts now construed as so many counts of indictment? What would such ostensible denial of any time limitation imply in terms of dormant reparation and restitution claims and reproaches derived from other (actual or alleged) historical crimes and iniquities and other acts of callousness committed in environments of war, revolution, conquest, and crime where millions of people were tormented, displaced and killed, and where many more millions not directly harmed were nevertheless scared to death? What new injustices and resentments could such unchecked rigorism, combined with recognition of claims of ethnic groups, possibly spell for Israel with respect to Palestinian claims, for the United States with respect to American-Indian and African-American claims, for formerly communist societies with respect to the victims and successors of victims of communist revolutions, annexations, expropriations, and purges? Note that the issue is not whether crime should go unpunished or theft unrestituted. It is about *how long* claims of restitution and repair should be allowed to survive in the midst of an ever-changing world. One is tempted to say, forever, but is this wise policy? Does an amok policy of *fiat iustitia, pereat mundus* really make the world a better place?

Does an amok policy of fiat iustitia, pereat mundus really make the world a better place?

«One of the most consistent and incurable traits of American statesmanship»

Secretary *Eizenstat's* self-righteous armchair moralising reminds one of a passage in the memoirs of *George F. Kennan*[2] where the diplomat and historian aptly describes what he calls an *«incurable trait of American statesmanship»*, namely *«its neurotic self-consciousness and introversion, the tendency to make statements and take actions with regard not to their effect on the international scene to which they are ostensibly addressed but rather to their effect on those echelons of American opinion, ..., to which the respective statesmen are anxious to appeal.»* It was one of the latest instalments of what *Kennan* called the *«histrionic striking of attitudes before the mirror of domestic political opinion»*, designed to create *«the general impression that we Americans, high-minded and imbued with virtue, had caught the main European powers* [this time around the minor ones] *in acts of wickedness and were sternly calling them to account.»* The United States, no doubt, is the most benign imperial power the world has seen so far, and the world has reason to be grateful that power is wielded by such a by and large generous and benevolent nation. Still, it has not yet shed all the bad habits generally associated with great power status. It could do better, thereby becoming not just a big, but a truly great power. And the Jewish organisations could also play a more beneficial role for their co-religionists if they abstained from what not just appears as, but actually is, aggressive rent-seeking activity. Remembrance is a worthy endeavour, but a policy of aggressive remembrance is a recipe for ongoing resentment and renewal of injustice. There is also such a thing as justice in remembering, and *Schoenfeld's* article does an excellent job in promoting this virtue. ✦

2 George F. Kennan, Memoirs 1925–1950, Bantam Books.

Das «Dossier» dieses Heftes wurde vom «Verein Zivilgesellschaft» unterstützt.
c/o Fidinam Fiduciaria SA, Via Maggio 1, 6901 Lugano, c/o Dr. Jörg N. Rappold, Limmatquai 52, 8001 Zürich